

Bündnisse schmieden

Aktuelle Ausgabe Nr. 73, 15. Oktober 2024

Überall werden Mauern hochgezogen, Grenzen dicht gemacht, Kriege geführt, Menschenrechtsverletzungen normalisiert. Autoritäre und faschistische Kräfte erstarken, Arbeitskämpfe und andere kollektive Proteste werden, vielfach gewaltsam, ausgebremst. Die Mieten steigen und die Armut auch. Als wäre das nicht genug, zeitigt die Klimakrise immer dramatischere Folgen. Alle scheinen sich gleichzeitig im Klaren darüber zu sein, dass es so nicht weitergehen kann, dass man aktiv werden muss.

Rhetorisch steht immer schon die Revolution vor der Tür, zumindest für linke Bewegungen. Neben unserem Widerstand ist die Utopie einer besseren, gerechten Welt – die Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse im Ganzen – seit jeher unsere treibende Kraft. Doch seltsamerweise wollen sich die Knoten nicht lösen lassen. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall: Die multiplen Krisen verschärfen sich permanent! Und obwohl wir uns alle in Gruppen, Kollektiven, Bündnissen, Parteien, Gewerkschaften und vielen anderen Zusammenhängen abrackern, scheint es innerhalb der politischen und gesellschaftlichen Linken einen Stillstand zu geben, egal ob im bürgerlich eingehetzten oder im radikalen Spektrum. Scheinbar kämpfen wir gegen Windmühlen. Die Ernüchterung ist Vielen anzumerken, eine kollektive Aufbruchsstimmung weit und breit nicht in Sicht. Wir fühlen uns politisch ohnmächtig und gelähmt – und greifen uns nicht zuletzt noch gegenseitig an.

Doch was ist eigentlich das Problem? Warum ist es heute so schwierig, eine breite Bewegung auf die Beine zu stellen? Wie kam es neben den aktuellen Verwerfungen auch zu unserer Bewegungskrise? Eine Antwort, die sowohl aus den eigenen Reihen als auch aus der links-liberalen Ecke kommt, lautet, dass man die Errungenschaften der Aufklärung und des Universalismus aus dem Blick verloren hätte, man nicht mehr das große Ganze sehen würde, sondern nur noch in vereinzelt Kleinstgruppen partikuläre Interessen von

Minderheiten verhandele. Dabei kommt es oft zur Konfrontation von Identitätspolitik versus Klassenkampf, und als Strukturproblem wird der alte Witz von den Linken, die sich spalten, ausgepackt. Es gäbe keine Diskussionskultur mehr und man würde nicht effizient arbeiten. Beinhaltet dieser Vorwurf vielleicht auch ein Körnchen Wahrheit? Fehlt uns eine produktive Diskussionskultur? Sind wir schlecht organisiert? Spaltungen sind sicher so alt wie die Linke selbst, aber die hochgradige und in Teilen feindselige Ausdifferenzierung hat sich in den letzten Jahrzehnten immer weiter zugespitzt.

Wenn wir in die aktivistischen Bewegungen hineinzoomen, dann sehen wir zwar auch eine ganze Reihe von linken Erfolgen, wie beispielsweise erfolgreiche Arbeitskämpfe oder Nachbarschaftsorganisierungen, aber angesichts der multiplen Krisen, vor denen wir stehen, wirken diese Erfolge oft wie Tropfen auf dem heißen Stein. Zeitgleich zerfallen etliche Organisationen oder Gruppen, fragmentieren sich immer weiter oder hören ganz mit der politischen Arbeit auf. Die Pandemiejahre taten ihr Übriges für den Rückzug ins Private. Eine allgemeine Hoffnungslosigkeit macht sich breit, ein Gefühl, überlastet zu sein und sich permanent zu verausgaben.

Es stellt sich also die Frage: Was tun? Wie können tragende strategische Bündnisse heute aussehen? Unter welchen Bedingungen müssten diese organisiert werden? Wenn wir nach einem neuen Kollektivsubjekt suchen, aber stets nur komplexe polyzentrische Netzwerke finden, bröckeln dann heute ganz grundlegend gesellschaftliche Strukturen, auf deren Boden so viele Bündnisse der Vergangenheit entstanden sind? Wie können wir den Fokus auf das lenken, was uns verbindet, anstatt auf das, was uns trennt? Wie lassen sich Räume für gemeinsame Debatten schaffen und damit auch eine neue Grundlage für gemeinsame Kämpfe? Wie schafft man es dabei, unterschiedliche politische Ziele auszuhalten und nicht auseinander zu fallen? Und welche größere Vision würde ein Bündnis zusammenhalten?

Es geht in der Oktober 2024-Ausgabe um Fragen nach (neuen) Bündnissen und großen linken Strategien, um (Un-)Möglichkeiten gemeinsamer Organisation und linker kollektiver Praxis aus Sicht unterschiedlicher politischer Traditionen. Weil uns die Erfahrungen der jüngeren Zeit dabei besonders interessieren, haben wir dieses Mal gleich drei Interviews geführt. Unsere Rezensionen beleuchten weitere Aspekte eines kollektiven

Politikverständnisses oder gemeinsamer Kämpfe – auch, weil das Ringen um eine radikale Umwälzung der Verhältnisse sich zu einer immer drängenderen Notwendigkeit entwickelt, an deren Realisierung wir besser gemeinsam arbeiten.

Viel Freude beim kritischen Lesen!

„Wir wollen die Vereinigung der Klasse erreichen“



Interview mit Maria Galvão und Joshua Relko von der Kommunistischen Partei

Seit diesem Sommer befindet sich die Kommunistische Partei in ihrer Neugründung und sucht nach revolutionären Strategien, um den Sozialismus zu erkämpfen. Die objektiven Voraussetzungen dafür sind längst gegeben.

kritisch-lesen: Unser Anliegen mit dieser Ausgabe ist es, über linke Bündnisse nachzudenken: Eine Krise folgt auf die nächste, und uns fehlen größere Bewegungszusammenhänge, in denen man als linke Person das Gefühl hat, dass sich wirklich etwas in eine progressive Richtung bewegt. Kann eine neue Kommunistische Partei dem etwas entgegensetzen?

Joshua: Seit Juni diesen Jahres sind wir als Kommunistische Partei (KP) aktiv, davor waren wir die Kommunistische Organisation (KO). Schon seit Gründung der KO war unser Hauptziel der Aufbau einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse in Deutschland, aktualisiert für die heutigen Erfordernisse. Die Partei soll in der Lage sein, den Klassenkampf anzuführen, um den Sozialismus zu erkämpfen. Unser Ansatz ist dabei klassisch revolutionär: Wir streben einen Bruch mit dem bestehenden System an. Das bedeutet sowohl Zerschlagung des bürgerlichen Staates als auch Enteignung der Bourgeoisie.

Die KO wurde 2018 gegründet. Wie kam es dazu?

Joshua: Der Kern der Gruppe, die das Projekt ins Leben gerufen hat, stammt aus Zusammenhängen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ). Schon innerhalb dieser Organisationen gab es Diskussionen über die strategische Ausrichtung, die sich ab 2016 intensiviert haben. In der SDAJ konzentrierten sich diese Debatten

vor allem auf die Frage des eigenen Organisationsverständnisses. Wie definiert sich die Organisation selbst, welche Anforderungen werden an die Mitglieder gestellt und welche Aufgaben sieht man als zentral an? In diesem Zusammenhang haben sich diejenigen, die später die KO gründeten, kritisch gegenüber der antimonopolistischen Strategie der DKP positioniert. Diese Strategie geht von einem Zwischenstadium aus, das als „antimonopolistische Demokratie“ bezeichnet wird. Die KO dagegen vertritt die Position, dass es keine solchen Zwischenstadien geben kann. Die Arbeiterklasse und die Kommunistische Partei müssen direkt auf den Sozialismus hinarbeiten. Entweder herrscht die Arbeiterklasse oder das Kapital. Es gibt keine Zwischenlösungen oder Kompromisse, wo beide sich die Macht teilen.

Die objektiven Voraussetzungen für den Sozialismus sind längst gegeben. Die Produktivkräfte sind weit entwickelt und die Arbeiterklasse ist vollständig ausgebildet. Die Gesellschaft wird maßgeblich von zwei antagonistischen Klassen bestimmt: der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse. Im Klassenkampf von unten ist die Lage allerdings eine andere, und genau hier setzt unsere Kritik an. Wir haben damals eine strategische Diskussion innerhalb der bestehenden Strukturen der DKP und SDAJ angestoßen. Leider fehlte es dort aber an der Bereitschaft zur kritischen Auseinandersetzung. Für uns war es jedoch essenziell, sich auch mit grundsätzlichen Fragen zu beschäftigen, wie beispielsweise warum der real existierende Sozialismus gescheitert ist. In der SDAJ waren wir eine starke Minderheit, aber eben trotzdem eine Minderheit. Wir befanden uns in einer Situation, in der sich beide Seiten nur gegenseitig blockieren konnten. Es stellte sich also immer klarer heraus, dass dies keine Zukunft hatte; und so entschieden wir uns, organisiert aus der SDAJ auszutreten. Ende 2017 kam es dann zum Austritt von etwa 80 Genoss*innen sowohl aus der SDAJ als auch aus der DKP.

2018 gründeten wir die KO. Obwohl der Impuls für die Gründung der KO vor allem aus den Debatten innerhalb der SDAJ und DKP kam, war sie von Anfang an eine eigenständige Organisation, die demokratisch-zentralistisch organisiert ist, also kein loser Zusammenschluss von lokalen Gruppen war.

In welchen Kernpunkten unterscheidet ihr euch nun von der DKP?

Joshua: Wie gesagt, liegt der Hauptunterschied zwischen uns und der DKP in der strategischen Ausrichtung. Während die DKP auf eine Etappenstrategie

setzt, bei der die Partei sich als Teil einer progressiven Bewegung gegen die Herrschaft der Monopole versteht, vertreten wir die Auffassung, dass die sozialistische Revolution direkt vorbereitet werden muss, ohne Zwischenstufen. Diese strategische Ausrichtung hat mehrere Konsequenzen, darunter auch die Bündnisfrage. Die DKP sieht sich als Teil einer breiteren Bewegung gegen die Monopole – sprich: gegen die Konzerne und Banken; während wir den Kampf Klasse gegen Klasse auf die Tagesordnung setzen, der von der Partei eine Avantgarde-Rolle erwartet. Unsere Partei folgt daher den Prinzipien der Partei neuen Typs, wie sie von den Bolschewiki entwickelt wurden und auf die sich einige kommunistische Parteien auch heute noch berufen.

Ein weiterer Punkt, in dem wir uns unterscheiden, ist die Frage des Imperialismus. Wir sehen die Welt als ein imperialistisches Weltsystem, in dem alle kapitalistischen Länder miteinander in Konkurrenz stehen, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Es ist nicht so, dass die USA und Griechenland auf Augenhöhe konkurrieren, aber es sind beides kapitalistische Staaten, in denen eine nationale Bourgeoisie herrscht, die wir also nicht in „Unterdrücker“ und „Unterdrückte“ sortieren können. In jedem kapitalistischen Land muss die sozialistische Revolution auf der Tagesordnung stehen.

Im Gegensatz dazu vertritt die DKP eine Position, die von einer Unterscheidung zwischen Unterdrücker- und unterdrückten Ländern ausgeht, wobei sie sich auf Lenin bezieht. Lenin sprach allerdings von Kolonien und Kolonialmächten, eine Situation, die heute in dieser Form kaum noch existiert. Ein aktuelles Beispiel für diese Differenz ist die Haltung der DKP zum Ukraine-Krieg. Die DKP nimmt grundsätzlich eine prorussische Position ein und sieht die NATO als alleinigen Aggressor, während Russland sich nur verteidige; sie trifft ihre Positionierung also fälschlicherweise anhand der Frage, wer Angegriffener und wer Aggressor ist. Wir hingegen sehen das anders und halten es für falsch, Russlands Einmarsch nicht abzulehnen. Dies ist ein wesentlicher Punkt, an dem sich unsere Positionen unterscheiden.

War die KO von Anfang an darauf ausgelegt, sich in einer Parteistruktur zu organisieren?

Maria: Wir hatten uns in der KO von Anfang an vorgenommen, eine neue Kommunistische Partei in Deutschland aufzubauen. Allerdings war uns nicht

ganz klar, wie dieser Prozess konkret aussehen sollte. Wir hatten uns zunächst darauf konzentriert, wichtige Fragen der kommunistischen Bewegung zu klären und wussten nicht genau, wann wir bereit sind für eine Parteigründung. Das führte zu einer gewissen Mystifizierung der Parteigründung, als müssten wir zuerst alle inhaltlichen Fragen geklärt haben. Die Parteigründung rückte aber in immer weitere Ferne, wenn wir weiterhin davon ausgegangen wären, dass die Partei das Resultat eines langen Klärungsprozesses sein müsste, anstatt zu erkennen, dass sich die Partei nach ihrer Gründung noch weiterentwickeln kann. Der Aufbau der Partei ist kein abgeschlossener Akt, sondern ein fortlaufender Prozess. Außerdem haben uns der Krieg in der Ukraine, die zunehmende reaktionäre Entwicklung in Deutschland und Ereignisse wie der Völkermord in Gaza bewusst gemacht, dass wir es uns nicht leisten konnten, jede Frage innerhalb der kommunistischen Bewegung bis ins letzte Detail zu klären, bevor wir den nächsten Schritt gehen. Die KP ist nicht etwas, das erst gegründet wird, wenn die Massen hinter uns stehen.

Setzt ihr euch mit der Parteigründung nicht den Zwängen des etablierten Parteiensystems aus? Habt ihr Strategien, wie er damit umgeht? Warum ist es so wichtig, eine Partei zu sein?

Joshua: Was Wahlen betrifft, ist es wichtig, dass wir uns klar von den bürgerlichen Parteien und von einer traditionellen Wahlstrategie abgrenzen. Wir sehen Wahlen nicht als zentrales Mittel, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. Es geht nicht darum, dass die Partei irgendeine Regierung stellt, sondern es geht darum, dass sie den Klassenkampf anführt, um den Kampf gegen den bürgerlichen Staat zu gewinnen. Diese Unterscheidung ist zentral. Oft wird gefragt, warum wir uns als Partei bezeichnen und nicht einen anderen Begriff wählen. Die Partei soll eine Kraft sein, die die Interessen der gesamten Arbeiterklasse repräsentiert. Es geht nicht nur darum, eine Jugendorganisation oder eine gewerkschaftliche Gruppe zu sein, sondern darum, die verschiedenen Kämpfe der Arbeiterklasse unter einem Dach zu vereinen und eine Führungsrolle in diesen Kämpfen zu erlangen. Unsere Partei soll der Ort sein, an dem sich diese unterschiedlichen Teile der Klasse sammeln, um gemeinsam den Kampf voranzutreiben.

Maria: Die verschiedenen Teilkämpfe müssen vereint werden, um der Arbeiterklasse eine höhere Schlagkraft zu verleihen. Nur so können diese

Kämpfe effektiv geführt und letztendlich erfolgreich sein. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es aus unserer Sicht eine Partei, die in der Lage ist, diese Kämpfe zu koordinieren und zu leiten. Das ist der Kern unseres Verständnisses einer revolutionären Partei.

Was die Frage der Wahlen betrifft, ist es wichtig zu betonen, dass eine kommunistische Partei im Sinne des Marxismus-Leninismus keinesfalls ein reiner Wahlverein ist. Wahlen können jedoch als Plattform genutzt werden, um unsere Inhalte und Ziele bekannter zu machen und die Lage der Arbeiterklasse zu beleuchten. Unsere Vorstellung von einer Partei, insbesondere als Kaderpartei und Organisation der Arbeiterklasse, wird von einem revolutionären Programm geleitet. Dieses Programm gibt die Richtung des Klassenkampfes vor. Wahlen können in diesem Verständnis also nur ein taktisches Mittel sein, keineswegs aber das Ziel unserer Partei.

Joshua: Ich möchte zwei Punkte ergänzen. In Bezug auf die finanziellen Mittel: Wir streben nicht danach, Gelder vom Staat oder anderen Institutionen zu erhalten. Es ist entscheidend für unseren Kampf gegen diesen Staat, dass wir unabhängig bleiben.

Das andere ist die Handlungsfähigkeit der Partei: Wir befinden uns derzeit in einer legalen Situation, was vorteilhaft ist, doch wir müssen uns bewusst sein, dass sich diese Bedingungen ändern können. Der Kampf wird jedoch nicht enden und auch die Organisation innerhalb der Partei darf nicht stagnieren. Historisch hat sich gezeigt, dass Parteien auch unter illegalen Bedingungen weiterhin aktiv sein können und müssen.

Die Frage nach der instrumentellen Nutzung beispielsweise von finanziellen Mitteln ist natürlich eine heikle Angelegenheit, weil man schnell in einer Abhängigkeit landet.

Joshua: Ja, also wenn wir bei Wahlen über 1 Prozent kommen, werden die Wahlkampfkosten erstattet. Das heißt, an einem bestimmten Punkt wird der Staat möglicherweise selbst Finanzhilfen anbieten. Aber der politisch relevante Punkt ist, dass wir nicht darauf hinarbeiten, Geld vom Staat zu bekommen.

Wir wollen gerne von den Ideen zu den Aktionen kommen. Welche Aktionen zeichnen eure politische Arbeit aus?

Maria: Aktuell sind wir in der Palästinaarbeit sehr aktiv. Dies ist ein wichtiger Bestandteil unserer Massenarbeit, in der wir mit Teilen der Bevölkerung und der Arbeiterklasse anhand spezifischer Interessen zusammenarbeiten. Darüber hinaus machen wir politische Arbeit in Betrieben, sind also in Gewerkschaften aktiv. Es muss dazu gesagt werden, dass das aktuell keineswegs entfaltet ist und aktive Betriebsarbeit noch nicht die zentrale Rolle spielt. In der Vergangenheit haben wir auch viel Stadtteilarbeit gemacht. Aktuell werten wir diese Art der Arbeit aber kritisch aus, da unsere anfänglichen Erwartungen möglicherweise zu hoch waren und sich Fortschritte nur langsam einstellten. Ein weiterer Schwerpunkt war im letzten Jahr unsere Solidarisierungskampagne „Nieder mit dem Krieg“ gegen den Ukraine-Krieg.

Joshua: In der Gewerkschaftsarbeit treten wir oft nicht unter der KP-Fahne auf, sondern handeln als Gewerkschafter*innen. Viele von uns gehen einer Lohnarbeit nach und sind in Betrieben tätig. Dort versuchen wir, gewerkschaftliche Aktivitäten mit unserer politischen Arbeit zu verbinden. Einige unserer Genoss*innen – bislang leider nur vereinzelt – sind sehr aktiv in Tarifikämpfen, sei es in ihren eigenen Betrieben oder in ihrer Branche, und engagieren sich in Vertrauensgremien, Betriebsräten oder Jugend- und Auszubildendenvertretungen. Dabei achten wir darauf, nicht der Illusion zu verfallen, die oft von Gewerkschaftsführungen oder sozialdemokratischen Kräften verbreitet wird: dass allein durch Streiks oder gewerkschaftlichen Druck die Lage der Arbeiterklasse entscheidend verbessert werden könnte. Wir stehen massiven Angriffen des Kapitals gegenüber, und oft hinken selbst gewerkschaftliche Forderungen der Realität hinterher, siehe Inflation. Unser Ziel ist es, gewerkschaftliche Kämpfe in eine kämpferische, systemkritische Richtung zu lenken. Im Gespräch mit Kolleg*innen, besonders wenn man sich ein gewisses Vertrauen erarbeitet hat, versuchen wir, die Diskussion auf die grundsätzlichen systemischen Fragen zu lenken.

Im Bereich der Stadtteilarbeit haben wir in der Vergangenheit selbstinitiierte Projekte durchgeführt. Diese basierten auf direkter Organisation der Anwohner*innen: Man setzte sich zusammen, um alltägliche Probleme zu besprechen und anzugehen – sei es Unterstützung bei Hausaufgaben, Behördengängen oder anderen praktischen Angelegenheiten. Ziel war es, eine Form von Kollektivität zu schaffen und Menschen aus ihrer Isolation zu holen. Mit der Zeit nutzten wir diese Räume, um auch politische Fragen zu

diskutieren: Warum sind die Lebensbedingungen so schlecht und was sind unsere kommunistischen Antworten darauf? Auf Augenhöhe mit Anwohner*innen zu arbeiten, sehen wir als eine wichtige Grundlage unserer politischen Praxis.

Maria: Unsere Stadtteilarbeit wie jeder unserer Ansätze von Massenarbeit basiert auf drei Prinzipien: Aktivität, Unabhängigkeit und Solidarität. Ziel ist es, dass die Menschen selbst aktiv werden und selbst die Grenzen des Systems erkennen, was sie dazu bringen soll, über grundlegende gesellschaftliche Probleme nachzudenken. Unabhängige Strukturen spielen dabei eine zentrale Rolle, denn sie ermöglichen den Menschen, sich gegenseitig, also solidarisch, zu unterstützen und zu erfahren, was sie selbst leisten können.

Joshua: Gleichzeitig wollen wir von Anfang an mit einer klaren politischen Linie agieren, und als KP ermitteln, welche Positionen richtig sind.

Wie geht ihr mit den Widersprüchen um, wenn unterschiedliche Vorstellungen und Lebensrealitäten aufeinandertreffen?

Maria: Teilweise muss man diese aushalten. Ein zentraler Bestandteil unserer Arbeit ist die Offenheit und Eigenständigkeit in Diskussionen und Debatten. Unser Ansatz war immer, dass alle Beteiligten die Möglichkeit haben sollten, ihre Sichtweisen frei einzubringen, ohne dass zuvor Vorgaben gemacht werden, welche Positionen akzeptabel sind. Dieser Ansatz fördert eine gemeinsame Lernkurve und stärkt das kollektive Bewusstsein.

Uns ist dabei jedoch auch klar geworden, dass es ein gewisses Ungleichgewicht zwischen unserer Stadtteil- und der betrieblichen Arbeit gab. Die Stadtteilarbeit war für uns ein wichtiger Ansatz, um Menschen in ihrem unmittelbaren Umfeld zu organisieren und gegenseitige Unterstützung zu bieten. Dabei ging es darum, den Menschen im Alltag zu helfen, Vertrauen aufzubauen und ihre Probleme gemeinsam anzugehen. Diese Art von Basisarbeit hat uns wertvolle Erfahrungen gebracht, besonders in der Form, wie wir Kollektivität und Solidarität im Alltag schaffen können. Allerdings hat währenddessen die Arbeit in den Betrieben nicht die notwendige Priorität erhalten. Betriebe sind zentrale Schauplätze des Klassenkampfes. In den großen Betrieben sind die Massen der Arbeiter*innen konzentriert, und dort gibt es die stärksten Möglichkeiten, durch kollektive Aktionen Druck auf den

Klassenfeind auszuüben. Insbesondere in einer zugespitzten Phase des Klassenkampfes spielen diese Betriebe eine entscheidende Rolle, da sie das Potenzial haben, durch Streiks und andere Formen des Arbeitskampfes den größten wirtschaftlichen Schaden für das Kapital zu verursachen.

Wie stellt man eine gemeinsame politische Grundhaltung her?

Maria: In unserer Arbeit unterscheiden wir klar zwischen der Massenarbeit und der Parteiarbeit. In der Massenarbeit treten wir als Gleichberechtigte auf, insbesondere gegenüber Unorganisierten. Hier geht es darum, in Diskussionen das Klasseninteresse herauszuarbeiten und auf der Basis unserer Prinzipien zu agieren. Ein gutes Beispiel dafür ist die Palästinaarbeit, in der immer wieder die Religionsfrage aufkommt. Während sich manche linke Gruppen rausziehen, sobald religiöse Bezüge auftauchen, akzeptieren wir, dass manche Menschen aus religiösen Motiven teilnehmen. Das Wichtige ist, dass sie aktiv dabei sind.

Im Gegensatz dazu streben wir auf Parteiebene größtmögliche Einheit in der Weltanschauung an. Wir vermeiden in der Regel klassische Organisationsbündnisse, wie man sie oft bei Demonstrationen oder Events sieht, bei denen linke Gruppen einen gemeinsamen Aufruf erstellen und ihre Logos daruntersetzen. Das ist nicht unser Ansatz. Es gibt jedoch Ausnahmen, wie etwa die Solidaritätskampagne zum Ukrainekrieg, die wir letztes Jahr initiiert haben. In diesem Fall haben wir mit anderen kommunistischen Gruppen zusammengearbeitet, was für uns einen wichtigen Unterschied darstellt im Vergleich zu Bündnissen mit bürgerlichen Parteien. Mit Parteien wie den Grünen würden wir beispielsweise keine Zusammenarbeit eingehen – auch nicht bei einem Protest gegen einen Naziaufmarsch.

Für uns gilt das Prinzip: Einheit darf niemals auf Kosten der Klarheit entstehen. Auch intern gibt es deshalb immer Raum für Diskussion. Unsere programmatischen Grundlagen sind die Richtschnur unserer Arbeit – die gleichzeitig offene Debatte, die der Demokratische Zentralismus festschreibt, hilft uns, Positionen weiterzuentwickeln.

Können eure Strategien auch in einen anderen Maßstab gebracht werden?

Joshua: Der internationale Raum ist für uns total wichtig, schließlich ist die Arbeiterklasse eine internationale Klasse, die gemeinsame Interessen verfolgt. Das ist das, was wir in unseren konkreten Kämpfen vermitteln wollen. Egal woher die Leute kommen, müssen wir zusammen kämpfen. Ein Beispiel für unsere internationale Solidaritätsarbeit ist die angesprochene Kampagne, die wir im vergangenen Jahr initiiert haben, sowie in diesem Jahr eine Spendenkampagne für die Palästinensische Kommunistische Partei. Es ist extrem wichtig, Diskussionen über strategische Ansätze innerhalb dieser Bewegung zu führen. In allen kapitalistischen Ländern steht der Kampf für den Sozialismus an. Ein bekanntes Forum für solche Diskussionen ist das internationale Treffen kommunistischer und Arbeiterparteien. Besonders interessiert sind wir am Austausch mit Parteien, die uns ideologisch nahestehen und ähnliche revolutionäre Strategien verfolgen. Dazu zählt auch die Europäische Kommunistische Aktion, die die vorherige Europäische Kommunistische Initiative abgelöst hat und die wir als zentrale Kraft des kommunistischen Wiederaufbaus in Europa betrachten. Darüber hinaus tauschen wir uns mit verschiedenen Organisationen und Parteien aus, um unsere jeweilige Situation sowie strategische Fragen zu besprechen. Bei unseren bundesweiten Events haben wir regelmäßig internationale Gäste eingeladen.

Was sind eure Visionen?

Joshua: Natürlich: eines Tages die sozialistische Revolution. Und bis dahin eine starke Kommunistische Partei in Deutschland. Wir erarbeiten gerade das Programm für unsere Partei. Auch das Thema Bündnisse wollen wir in Zukunft offen diskutieren. Wir werden verschiedene Angebote schaffen und auch andere Gruppen, andere Einzelpersonen einladen, dieses Programm mit uns zu diskutieren, daran Kritik zu äußern. Das wird eine wichtige Grundlage für diese Partei werden. Das Programm steht nicht nur auf dem Papier – es gilt auch, das Programm in die Tat umzusetzen. Auf der theoretischen Ebene und für unsere Analysen bedeutet das auch, dass wir uns gewissermaßen in Forschungsarbeit begeben. Das machen wir konkret in Arbeitsgruppen, an die sich teils öffentliche Diskussionen anschließen.

Maria: Wir wollen als Partei die Vereinigung der Klasse erreichen. Dafür muss man auch versuchen, alle Spaltungslinien innerhalb der Arbeiterklasse zu verstehen. Deswegen beschäftigen wir uns jetzt auch verstärkt mit der

Frauenfrage und versuchen, dem Einfluss der bürgerlichen Ideologie dabei etwas entgegenzusetzen.

Darüber hinaus werden wir unsere praktischen Ansätze weiterentwickeln, die Erfahrungen in der Massenarbeit vertiefen, vor allem die gewerkschaftliche. Wir wollen weiterhin in ideologische Auseinandersetzung treten und sind immer dafür, dass man Kritik konstruktiv äußert, aber offen und ehrlich äußert und nichts zurückhält aus falscher Wohlfühlatmosphäre.

**

Das Interview führten Theresa Hanske und Sascha Kellermann.

Kommunistische Partei ging im Sommer 2024 aus der Kommunistischen Organisation hervor und befindet sich nun in einem zweijährigen Gründungsprozess mit dem Ziel, sich mit der Klassenanalyse, der revolutionären Strategie, der Fragen nach der Unterdrückung der Frau und des sozialistischen Aufbaus in Deutschland auseinanderzusetzen.

Zitathinweis: Sascha Kellermann und Theresa Hanske: „Wir wollen die Vereinigung der Klasse erreichen“. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/ufoJq>.

„Eine Brücke zwischen aktuellen Forderungen und der sozialistischen Revolution bauen“



© Clara Marnette

Interview mit der Aktivistin Simin Jawabreh

Die gesellschaftliche Linke ist mehr Szene als relevante gesellschaftliche Kraft. Kleinigkeiten im Miteinander erscheinen als große Spaltungslinien und die Überfokussierung auf Kampagnen blendet die langfristige Organisation aus.

Kritisch-Lesen: Vielen Dank Simin, dass du dir die Zeit genommen hast, mit uns zu sprechen. Wir wollen über politische Bündnisse sprechen und über gemeinsame Kämpfe der außerparlamentarischen Linken. Magst du uns deine Arbeit vorstellen?

Simin Jawabreh: Ich bin seit zehn Jahren hauptsächlich in der antirassistischen Bewegung aktiv, vor allem als Kommunistin. Für mich prägend war 2014 das Aufkommen von Pegida und der AfD. Da habe ich angefangen, Gegendemonstrationen in Berlin mit zu organisieren und kam darüber mit Organisationsformen in Berührung, die eine Notwendigkeit benennen, dass wir kollektiv zusammenkommen müssen, um gesellschaftliche Transformation zu erreichen. Ich bin außerdem in der politischen Bildungsarbeit aktiv zu Themen wie Rassismus, Marxismus, Dekolonialismus, aber auch Abolitionismus, also alles, was sich rund um die Abschaffung von Strafapparaten, insbesondere der Polizei dreht. Außerdem arbeite ich an der Uni und schreibe ab und zu auch journalistisch.

Jetzt, zehn Jahre nach 2014, befinden wir uns in einer Lage, die sogar ein bisschen dramatischer als damals ist. Wie würdest du die Zuspitzung der Krise charakterisieren?

Für mich aktuell prägnant ist vor allem die Aufrüstung und damit auch die gesellschaftliche Aufrüstung. 2022 sind 100 Milliarden Euro in die Bundeswehr geflossen, während Gesundheit, Bildung und Kultur immer weiter kaputtgespart wurden. Während Waffen wie noch nie produziert und exportiert werden und ständig von Sicherheit gesprochen wird, wird unser tägliches Leben durch Inflation, Arbeitslosigkeit und wachsende Perspektivlosigkeit verunsichert. Und das alles mit der Ansage, dass wir wieder kriegstüchtig werden müssten. Das ist nicht nur ein abstrakter Aufruf, sondern konkret spürbar, zum Beispiel wenn in Schulen die Bundeswehr Werbung machen kann und darüber diskutiert wird, dass die Wehrpflicht wieder eingeführt werden soll. Und es ist natürlich auch konkret spürbar in internationalistischen Kämpfen, die stattfinden, weil deutsche Waffen unsere Heimat zerstören für den Profit der Wenigen.

Ich glaube, dies geht aktuell zusammen mit einem Umbau jener Strukturen, die vor allem über Repression und Kriminalisierungen das System legitimieren und am Laufen halten. Wir erleben krasse Angriffe auf das Streikrecht, wenn es um die Organisation in Betrieben geht. Da gibt es aktuell das Paradebeispiel, dass der Kitastreik unterbunden wurde. Wir haben auch die Situation an Berliner Unis, dass mit dem neuen Hochschulgesetz Zwangsexmatrikulationen wieder ermöglicht werden. Und wir erleben den krassen Anstieg von Polizeipräsenz und damit natürlich auch Gewalt in unseren Kiezen und das alles, während die faschistische Bedrohung immer realer wird. Aber mir ist immer wichtig, wenn man über diese faschistische Bedrohung spricht, zu schauen, welche Bedingungen dafür geschaffen werden. Welchen Anteil hat beispielsweise die Ampelregierung daran, die die heftigsten Sozialkürzungen seit der Agenda 2010 veranlasst hat? Weil wir uns als Linke ja genau in diesem Zusammenhang verhalten müssen. Und da ist für mich gerade zentral, dass wir es unbedingt schaffen müssen, die soziale Frage mit der Antikriegsfrage zusammenzudenken und nach außen hin zu artikulieren.

Anfang des Jahres gab es die großen bürgerlichen Demonstrationen gegen die AfD, wo viele Linke die Dringlichkeit sahen teilzunehmen. Wie

schätzt du solche Massenbewegungen ein? Wo kann man, wo muss man sich anschließen?

Es ist ganz wichtig zu sagen, dass ich aus der Berliner Politik komme und dort sozialisiert worden bin und nie länger woanders war. Da gibt es natürlich ein Stadt-Land-Gefälle. Ich weiß von Genoss:innen auf dem Land, dass dort die Anti-AfD Demos teilweise anders waren, beziehungsweise ich würde die anders bewerten, als ich es hier oder in Großstädten tun würde.

Der Slogan, unter dem die Demos stattgefunden haben – „Demokratie verteidigen“ – lässt schon erahnen, worum es geht, nämlich den Status quo zu verteidigen. Dass dieser bereits für die Mehrheit der Gesellschaft gewaltvoll verläuft, geht natürlich unter. Solche Kollektivierungen sind also im besten Fall ein reformistisches Projekt, das noch versucht, liberale Rechte zu verteidigen. An sich finde ich, hat das Sich-Anschließen durchaus seine Berechtigung und es ist eine strategische Frage, wo es Sinn ergibt und wo nicht. In diesem Fall, würde ich aber sagen, hatten die Demos mehr mit einer tatsächlich emotional subjektiven Selbstvergewisserung der Menschen zu tun, doch auf der guten Seite zu stehen, während sämtliche Menschen, die versucht haben, da eine kritische Perspektive einzubringen, abgewiesen wurden. Demokratie verteidigen hieß letztlich nicht, für tatsächlich demokratische Verwaltung zu kämpfen, sondern den Status quo aufrechtzuerhalten und die Rechten als isoliertes Phänomen zu behandeln. Wir hatten aber Oury Jalloh, wir hatten Hanau, wir hatten Chemnitz, wir hatten all diese krassen rassistischen Gewalttaten, die der Status quo inhärent hervorbringt. Genauso wie jene, die sich in Solidarität mit Palästina äußerten, oder gar selbst palästinensisch sind und die die Erfahrung machen mussten, angespuckt zu werden. So würde ich zumindest die Demonstrationserfahrungen in großen Städten beschreiben.

Ein klassisches linkes Dilemma: Wie kann man eine kritische Perspektive einerseits erhalten und andererseits sichergehen, dass man Menschen erreicht und politisiert?

Ich glaube der Fehler, der ganz oft passiert, ist dass wir als Linke – und ich nehme mich da gar nicht aus – die Bündniszusammenarbeit von der Nähe zu Personen und persönlichen Verflechtungen mit anderen Gruppen abhängig machen. Obwohl es viel mehr um die politische Situation geht, in der wir uns befinden. Wenn ich wirklich eine real-faschistische Bedrohung habe, dann

muss ich andere Entscheidungen treffen als zu einem anderen Zeitpunkt. Ich glaube, diese Form von Unterscheidung zwischen Analyse, Strategie und Taktik geht oft verloren und Leute orientieren sich nur an der gemeinsamen Analyse. Und das hat zum Teil seine Richtigkeit. Aber ich kann auch zu gewissen Zeitpunkten zu dem Entschluss kommen, dass es Sinn ergibt, zum Beispiel punktuell mit NGOs zusammenzuarbeiten, trotz des Wissens, dass wir auf jeden Fall dieses System stürzen müssen, weil wir ansonsten nicht zu einem guten Leben für Alle kommen werden.

Ein akutes Beispiel ist die drohende Abschaffung des Rechts auf Asyl. Bei den Kämpfen rund um das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) ist es unglaublich wichtig, auch mit anderen Akteuren zusammenzukommen. Was aber nicht heißt, dass man sich jeweils in seiner Analyse einschränkt. Es ist wichtig, zur Heterogenität der Bewegung zu stehen und sich nicht nach innen hin abzustrafen, sondern einen Modus zu finden, wo man letztendlich zusammen schlägt.

Ich schöpfe gerade Hoffnung daraus, dass sich viele Leute radikalieren und sich strengere Organisationsformen wünschen. Es gibt ein sichtbares Aufkommen von neuen Jugendgruppierungen zum Beispiel, wie ich sie noch vor fünf Jahren nicht kannte. Ich hatte Probleme als Jugendliche, solche Zugänge zu finden. Inzwischen gibt es da ein viel größeres Angebot. Aber was oft passiert, ist das, was ich Verbalradikalismus nennen würde, also, dass man zur Erkenntnis kommt, dass Kapitalismus scheiße ist, und dann dort stehen bleibt. Das führt zur Isolierung der eigenen Position, wo man nur noch dieses Mantra rauf und runter rattert, aber nicht mehr offen ist, sich strategische und taktische Fragen zu stellen.

Lenin hat dieses wundervolle Buch geschrieben, das mich sehr geprägt hat: „Der Linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus“. Ich finde das eine sehr schöne Beschreibung für ein politpubertäres Verhalten: dass man nicht den Anspruch hat, tatsächlich in Massen einzuwirken und für Errungenschaften zu kämpfen, die die Stellung der Arbeiter:innenklasse als solche verbessern, sondern immer gleich das große Ganze will. Lenin hat die schöne Formulierung geprägt, dass es wichtig ist, als organisierte Kommunist:in immer einen Schritt voraus zu sein, aber eben nur einen Schritt. Ich glaube, manchmal sind wir zehn Schritte voraus und das führt eben zu Isolierung, wohl weil wir Angst haben, in die Reformismusfalle zu tappen.

Also du meinst, dass es die Maximalforderung vom Ende des Kapitalismus ist, die uns lähmt, statt sich auf bestimmte kleinere Schritte oder Vernetzungen einzulassen?

Ja, ich würde es als Spannungsfeld zwischen Ultralinks und Reformismus beschreiben. Ich treibe das jetzt ein bisschen auf die Spitze: Aber wenn man zum Beispiel gar nicht mehr in Arbeitskämpfe intervenieren würde, weil man sagt, es ginge doch nicht darum, dass Leute ein paar Pfennig mehr bekommen, sondern darum, Lohnarbeit als solche abzuschaffen - ja, auf jeden Fall. Aber in Zeiten von Inflation und krasser Perspektivlosigkeit müssen wir genau in diese gesellschaftlichen Kämpfe reingehen. Und müssen auch für besseren Lohn und Arbeit für Alle kämpfen. Ich halte es für eine unglaublich wichtige Forderung, weil es die Stellung der Arbeiter:innenklasse verbessert und weil es diese Kämpfe sind, in denen Menschen Klassenbewusstsein bekommen. Das passiert nicht im luftleeren Raum, sondern das wird immer erst in Kämpfen zugespitzt. Auch da müssen wir mit der Analyse dabei sein, dass wir das ganze System auf den Kopf stellen müssen. Aber das muss eben innerhalb der Praxis passieren und darf nicht dazu führen, dass man sich zurückzieht, aber mit erhobenem Zeigefinger ständig im Kommentierungsmodus bleibt.

Ich würde nicht sagen, die Linke scheitert an sich selbst. Es gibt natürlich auch objektiv systemische Gründe, warum wir in der Lage sind, in der wir heute sind. Aber ich glaube, es hilft, aktionsgebunden auf Basis eines Programms zusammenzukommen. Wenn wir Aktionskomitees gründen in betrieblichen Kämpfen, oder wenn wir in Schulstreiks Jugendkomitees gründen, dann müssen wir das wirklich als demokratische Organe verhandeln, die zusammen einen Programmentwurf machen, in dem festgehalten ist, welche Forderungen wir haben, von minimal bis maximal. Ein Entwurf also, der so was wie ein Recht auf Arbeit und bessere Entlohnung beinhaltet, aber genauso entschädigungslose Enteignungen. Zum Thema Enteignen hatten wir ja auch einen großen Kampf, der ganz wundervoll gezeigt hat, dass solche Forderungen gesellschaftsfähig sind, wenn sie mit den Leuten zusammen gestaltet werden. Da gebe ich der Kampagne wirklich Props! Aber man sieht auch die Grenzen in dem Moment, wo solche Komitees nicht weiter mobilisieren und der selbstermächtigende Faktor der Organisation versickert, weil Forderungen nicht umgesetzt werden. Da gab es Enttäuschung und auf einmal macht die Kampagne Wahlkampf für die Linkspartei. Ich glaube, da hat es zum Teil an Programmatik und weiterer Mobilisierung gefehlt.

Wie lassen sich deiner Erfahrung nach Räume für gemeinsame Debatten schaffen und damit auch Grundlagen für gemeinsame Kämpfe?

Das ist eine Gratwanderung. Bestimmte Teile der Bewegung müssen total offen sein und andere können das zwangsweise wegen Repressionen nicht. Und das ist ein Verhältnis, das man immer wieder neu ausverhandeln muss. Eine Antikriegsbewegung hat natürlich die objektive Schwierigkeit, sich nicht öffnen zu können, wenn sie jede Woche mit Hausdurchsuchungen zu kämpfen hat. Da muss man gucken, wie man sich schützt. Aber letztendlich braucht es offene Räume, in die aufgrund einer akuten Problemstellung eingeladen wird; in denen man ein gemeinsames Programm erarbeitet, für das man aktionsbasiert zusammenkommt. Mit der Überzeugung, auch das Revolutionäre in Alltagsforderungen zu verankern, wenn es um bessere Arbeitsbedingungen geht beispielsweise, und vor allem das Vertrauen gewinnen zu können, dass es wirklich darum geht, das Leben der Menschen zu verbessern, lassen sich große Räume öffnen.

Ich glaube, dass wir die Einstellung brauchen, dass wir die Weisheit nicht mit Löffeln gefressen haben und dass man sich stetig weiterbildet. Also dass man mit einer fertigen Analyse noch lange nicht am Ziel angekommen ist und dass das bessere Argument nicht gewinnt in diesem System. Deswegen müssen wir aus politischen Kämpfen und den strategischen und taktischen Diskussionen noch viel mehr lernen. Analytisch sind Leute sehr gut aufgestellt, aber es braucht eben die konkrete Praxiserfahrung und Weiterbildung darin, so platt es auch klingt: Welche unterschiedlichen Strategien gibt es? Welche haben historisch gesehen funktioniert? Was waren beispielsweise taktische Unterschiede zwischen einer Volksfront und einer Einheitsfront? Das sind alles Kämpfe, auch jene in der Komintern, aus denen wir lernen können, wie wir uns mit unserer Geschichte als Klasse und ihren Kämpfen bewegen müssen. Es gibt zum Teil ganz objektive Gründe, warum das in Deutschland gescheitert ist. Die Umstrukturierung zum Neoliberalismus hat wirklich krasse Angriffe auf Gewerkschaften und auf die Linke als solche bedeutet, die auch zu einer Isolierung geführt haben. Und während des Faschismus gab es einen politischen Genozid an Kommunist:innen, das darf man auch nicht vergessen. Die transgenerationale Weitergabe von Kämpfen ist in Deutschland lange nicht gewährleistet gewesen. Weil viele Genoss:innen dann einfach nicht mehr existierten, weil sie dezidiert vernichtet wurden und das Kampferbe nicht weitergeben konnten. Wir müssen uns vieles selbst beibringen.

Wir müssen uns also immer wieder aufbauen?

Ja, deswegen meine ich, dass es wichtig ist, immer nur einen Schritt weiter zu sein und nicht zehn. Weil man sonst den Anschluss verliert. Das Problem ist, eine Brücke zu bauen zwischen aktuellen Forderungen und, klassisch gesprochen, dem Programm einer sozialistischen Revolution, also einer Eroberung der Macht durch die Arbeiter:innenklasse. Da gibt es ja unterschiedliche Ansätze und theoretische Strömungen. Im Abolitionismus, also den Kämpfen, die sich vor allem um die Abschaffung von Sklaverei gedreht haben und sich heute auf strafende Regime fokussieren, nennt man das nonreformistische Reform, also Reformvorschläge, die nicht einfach nur der Macht ein neues Gewand geben, sondern die einen konkreten Abbau von machtvollen Institutionen anstreben. Ich will nicht, dass die Polizei Antirassismusschulungen bekommt, sondern dass sie weniger Geld bekommt. Ich will, dass sie weniger Anteil in der Steuerung meines Lebens hat. Deswegen ist auch eine Forderung wie 100 Milliarden für Soziales und Bildung statt für Aufrüstung eine, mit der man sehr gut Kämpfe mobilisieren kann, auch wenn man gleichzeitig die Enteignung oder Vergesellschaftung dieser Sektoren vorschlägt. Das muss benannt werden. Wir müssen da selbstbewusster auftreten und unserem Projekt nach außen hin mehr Glaubwürdigkeit geben. Ich habe das Gefühl, dass manche ihre Ziele zurückhalten und sich gar nicht erst in die Auseinandersetzung trauen. Bei aller Kritik an der KPÖ, die schaffen das zum Beispiel sehr gut zu sagen: Ja, natürlich stehen wir hier als Kommunist:innen!

Es ist ja auch eine ganz schöne Perspektive, wie zum Beispiel bei Deutsche Wohnen Enteignen, dass große Teile der Gesellschaft hinter einer solchen Idee stehen. Wir scheinen das aber nicht zu wissen.

Genau. Ganz aktuell frustrieren mich beispielsweise die Repressionen rund um die Palästina-Proteste. Ich habe die Überzeugung, dass Repressionen am Ende des Tages irgendwann alle betreffen werden. Auf den Demonstrationen wurden Grundrechte von Versammlungsfreiheit bis hin zu akademischen Freiheiten wie Wissenschaftsfreiheit eingeschränkt und ausgehebelt. Das lässt wirklich Gruseliges erahnen für die Zukunft. Es hat mich krass frustriert, in Diskussionen zu geraten, wo ich sagen würde, wir können bei A und B unterschiedliche Positionen haben, aber wir müssen bei C zusammenstehen, weil das genauso ein Angriff auf dich sein kann in einem halben Jahr. Es gab

eine Umfrage in der *Süddeutschen Zeitung*, dass 70 Prozent der deutschen Bevölkerung gegen weitere Waffenlieferungen an Israel ist. Das ist total krass! 70 Prozent, das ist die absolute Mehrheit. Und trotzdem steht eine propalästinensische Bewegung vermeintlich vereinzelt da. Dieses Bewusstsein fehlt. Repressionen sind immer ein Mittel, um Menschen besser zu verwalten und disziplinieren zu können. Und sie weiten sich aus: G20 zum Beispiel, als auf einmal ein riesiges Areal als gefährliches Gebiet galt, wo Demonstrierende keine demokratischen Freiheiten mehr hatten und einfach so kontrolliert werden konnten. Als antirassistische Aktivist:innen sprechen wir ständig über sogenannte Gefahrengebiete und Racial Profiling. Das sind immer Taktiken, die an spezifischen Menschengruppen ausprobiert werden und dann letztendlich ausgeweitet werden. Natürlich richtet sich das auch gegen eine politische Linke.

An dem fehlenden Bewusstsein sieht man ganz gut, wo eine Kritik an die Bewegung formuliert werden muss. Es bringt nichts, jedes Wochenende nur auf Schockwellen surfend zu mobilisieren und ständig diese Aufmerksamkeitsökonomie zu bespielen und immer schlimmere Bilder zu produzieren. So im Sinne der Botschaft: Wenn du ein moralisch aufrichtiger Mensch bist, dann musst du jetzt auf die Straße gehen. Die stetig moralisierende Sprache hält zum einen Leute ab, sich auf die Straße zu trauen, schafft aber auch keine politische Relevanz in der Gesellschaft. Sie schafft es nicht, diese Kämpfe in den Betrieb oder in ihren Alltag zu tragen.

Würdest du sagen, dass die Politisierung über soziale Medien hauptsächlich über Affektökonomien läuft?

Und über Betroffenheitsökonomien! Leute haben mich oftmals angesprochen: Wie fühlst du dich als Palästinenserin, willst du nicht was dazu sagen? Nein, ich äußere mich dazu nicht, ich weiß, Leute erwarten das, aber ich bin niemandem schuldig, mein inneres Familientrauma nach außen zu tragen. Ich bin Kommunistin und ich kann dir strategische Vorschläge machen, wie wir damit umgehen sollten. Es ist spannend, was von Menschen erwartet wird und was vermeintlich zieht. Da müssen wir aufpassen, keinen Gefühlsdiskurs zu reproduzieren, weil das letztendlich auf medialer Ebene übrig bleibt. Dann lässt man mal eine Palästinenserin zu Wort kommen und es geht darum, ihre Gefühle auszuschlachten. Ihre Identität heißt noch lange nicht, dass sie eine

Analyse von der Situation hat. Fernab der Frage, dass die Identität noch lange nichts über die politische Einstellung der Person aussagt.

Was ist deine Idealvorstellung, wie strategische Bündnisse heute aussehen könnten und wie würden sie organisiert werden?

Wir haben eine Situation, in der wir als gesellschaftliche Linke mehr Szene sind als relevante gesellschaftliche Kraft. Das müssen wir uns eingestehen. Das heißt unter anderem, dass eine Überfokussierung auf Kampagnen eine langfristige Organisation und Verankerung ausblendet. Ich will ihnen ihre Existenzberechtigung nicht absprechen, aber ich finde Ansätze wie Stadtteilarbeit lohnenswerter. Insofern, als dass es um konkreten Strukturaufbau geht, der Leuten hilft, sich im Alltag konkret um ihre eigene Lebensrealität zu organisieren und zu ermächtigen. Das sind Strukturen, die wir in vorrevolutionären Zeiten viel stärker brauchen. Die Arbeit ist manchmal sehr unsexy, weil sie bedeutet, dass ich mit den Leuten in meinem Kiez ins Gespräch gehe; mit dem Späti- und Bäckereinhabenden nebenan, mit der Familie aus der Nachbarschaft und sie ganz konkret frage, welche die Probleme sind, die sie im Alltag beschäftigen. Und davon ausgehend versuchen wir ein politisches Programm zu bilden. So mache ich nicht Politik für Linke, sondern für mein direktes Umfeld. Auch wenn jemand letztens voll den rassistischen oder sexistischen Kommentar gemacht hat, wir müssen unser Gegenüber ernst nehmen. Ich erinnere mich an den BVG Streikposten im Februar. Das ist unglaublich anstrengende Arbeit. Man steht um 5:00 Uhr morgens da, das macht gar keinen Spaß, und alle Leute, mit denen ich gesprochen habe, haben AfD gewählt. Da ist es doch total wichtig zu fragen, warum. Was stört sie an der aktuellen Politik? Mit allen Leuten hatte ich ein super gutes Gespräch, und ich sehe jetzt auch nicht *weiß* aus. Wir sprachen darüber, warum sie die Ampelpolitik ankotzt, warum sie die Grünen für Kriegstreiber halten. Das waren alles Punkte, wo wir in der Analyse Gemeinsamkeiten hatten, aber in der Konsequenz unterschiedliche Schlussfolgerungen getroffen haben. Wir müssen aber einen Unterschied machen, wo die real organisierten Faschos rumlungern, die wir wirklich blockieren und sabotieren müssen. Und wo die Leute sind, mit denen wir uns trotzdem noch gemeinsam für ein politisches Projekt begeistern können. Und damit möchte ich nicht den Rassismus relativieren, der da reproduziert wird. Aber will ich mich als politische Linke nur selbst vergewissern, dass ich die richtige Position habe? Oder habe ich tatsächlich den Anspruch, für

gesellschaftliche Veränderungen einzustehen? Dann muss ich einfach anders handeln, egal wie unangenehm ich das zum Teil finde.

Bist du viel unterwegs und im Kontakt und Austausch mit Genoss:innen?

Teilweise ja, ich besuche beispielsweise gern meine Genoss:innen im Osten, aber das ist vor allem ein Austausch, wo ich das Wissen extrem schätze und wo man zusammen schaut, wo Gemeinsamkeiten und Unterschiede sind. Da können Bündnisfragen ganz anders sein. Manchmal ist es in kleineren Dörfern total wichtig, mit dem kleinen lokalen liberalen Verein eine Kampagne zu machen, während wir in Berlin eine ganz andere Situation haben. Aber ich glaube schon, dass es hier auch Verschiebungen gab. Zu Zeiten, als meine Mama jünger war, waren Grüne und NGOs andere Ansprechpartnerinnen, während jetzt klar ist, dass sie ein Projekt des modernisierten Kapitalismus sind, sie sind zu politischen Gegnern geworden. Daran sind Kampagnen wie Genug ist Genug letztendlich gescheitert, weil sie mit Regierungsjugendlichen zusammengearbeitet haben, die ein politisches Projekt unglaubwürdig machen, da die Mutterparteien als politischer Gegner auftreten und dem dann Ausbleiben größerer Proteste.

Was dürfen wir als Horizont ins Auge fassen? Was ist machbar?

Ich glaube, die Revolution ist machbar. Das denke ich, wenn ich sehe, dass Leute in ihrem Betrieb mit ihren Kolleg:innen Betriebsgruppen gründen, dass sie an der Schule Schulkomitees gründen, dass sie Uni-Komitees gründen und dass das alles nichts Schwieriges ist und dass die Kraft, die einem vielleicht heute noch fehlt, dann kommt, wenn man es macht. Weil das Dinge sind, die helfen im Alltag. Es ist wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass das linke Projekt nicht etwas Außenstehendes ist, was mit meinem Leben sonst nichts zu tun hat. Linkssein wird nicht konsumiert und dann nach dem Erlebnis zurückgelassen, sondern das muss man als ermächtigende Praxis begreifen. Wenn wir mehr diese nachhaltigen Strukturen im Alltag aufbauen, fällt es uns leichter, vereint zu schlagen und Kleinigkeiten im Miteinander, in den Diskussionen, nicht mehr als so große Spaltungslinien erscheinen zu lassen. Ich glaube, dass dieser abgrenzende Habitus, den wir manchmal an den Tag legen, auch durch massiven Druck kommt und durch massive Irrelevanz, die wir alle miteinander teilen. Wenn man gesellschaftlich gar keine Macht hat, aber den ganzen lieben Tag darüber redet, dann ist der einzige Raum, in dem man Macht ausüben kann, der Eigene.

Wenn wir die solidarischen Erfahrungen in unserem Alltag mehr verankern würden, würde das dazu führen, dass gewisse Drucksituationen sich entschlacken. Denn letztendlich geht es mir nicht darum, andere Linke zu überzeugen. Es geht mir um die große Mehrheit, die noch gar nicht positioniert ist. Und dann ist mir auch egal, was Gruppe XY sagt, solange ich weiß, ich stehe hier mit meinen Kolleg:innen und wir kämpfen gerade dafür, dass uns die Arbeit leichter gemacht wird. Diese Fokusverschiebung bräuchte es teilweise. Trotzdem halte ich Spaltungen für nichts grundsätzlich Schlimmes, ich würde nicht in dieses Mantra verfallen, wir Linke streiten uns nur untereinander und deswegen bekommen wir nichts hin. Ich finde es wichtig, dass wir miteinander streiten. Ich wünschte, wir würden mehr miteinander streiten und mehr Kritik aneinander üben. Das ist nichts Schlechtes, sondern etwas, woran wir alle lernen können. Kritik und Selbstkritik sind das Lebenselixier einer jeden progressiven Bewegung. Aber alleine durch den Druck, unter dem wir stehen und mit diesem riesigen Vorhaben, das wir uns alle auf die Fahne schreiben, wird auf einmal Kritik, die man aneinander übt, zu einem Todesstoß. Und deswegen würde ich sagen, nicht weniger Kritik, nicht weniger Spaltung, sondern einen lockereren Umgang mit Unterschieden: mehr politischer Streit, aber als lernender Faktor und nicht als einer der Aufregung. Das gehört einfach dazu und ist am Ende des Tages nicht so dramatisch, sondern gibt uns allen ein bisschen inhaltliche Klarheit und bringt Diskussionen voran.

**

Das Interview führte Sara Morais dos Santos Bruss

Literaturhinweis

Lenin, W. I. (1920). Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus. Peking: Verlag für fremdsprachige Literatur.

Zitathinweis: Sara Morais dos Santos Bruss: „Eine Brücke zwischen aktuellen Forderungen und der sozialistischen Revolution bauen“. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/q9X2V>.

„Die Kämpfe finden hier statt und wir müssen hier antworten“



Interview mit der Stadtteilgewerkschaft Berg Fidel Solidarisch

Wie kann eine solidarische Gesellschaft aufgebaut werden, wenn nicht gemeinsam und von unten? Dorit und Leo sprechen über alltägliche Kämpfe und politische Perspektiven, die über eine reine Stadtteilorganisation hinausweisen.

Hallo, schön, dass wir mit euch sprechen können! Lasst uns einsteigen damit, wie es zu euch als Berg Fidel Solidarisch kam und was ihr als eure Kernaufgaben begreift!

Dorit: Das war ein Suchprozess und ist es ein Stück weit immer noch. Man könnte sagen, es geschah aus einer Perspektiv- und Strategielosigkeit innerhalb der radikalen Linken. Wir sahen, dass die linken Praxen, die wir bislang verfolgt hatten, wenig Menschen außerhalb der sowieso schon politisch Aktiven erreichten und dass wir trotz kontinuierlicher Arbeit unserem Ziel einer solidarischen Gesellschaft so kaum näher gekommen sind. Zunächst haben wir uns bei bundesweiten Konferenzen dazu ausgetauscht, dann auch vor Ort hier in Münster, mit Leuten aus ganz unterschiedlichen politischen Kontexten. Unsere Arbeit jetzt dreht sich viel mehr darum eine Verankerung in der Gesellschaft zu schaffen mit dem Ziel radikaler Veränderung.

Leo: Die Idee war, aus einer Klassenperspektive etwas vor Ort aufzubauen. Die politische Perspektive war immer eine Perspektive von unten: Wenn wir eine solidarische Gesellschaft jenseits von derjenigen erreichen wollen, die wir haben, dann müssen wir das mit den Menschen machen, die da sind. Sonst wird es ein autoritäres Verhältnis. Entsprechend setzten wir vor rund sechs

Jahren hier vor Ort an: In Berg Fidel, einem sozial benachteiligten Stadtteil. Wir nehmen uns unterschiedliche Konfliktthemen vor und zeigen die politische Perspektive daran auf. Die Idee ist immer zu sagen: Gemeinsam sind wir stärker. Wir haben ein gemeinsames Interesse und gemeinsam haben wir die Möglichkeit, auch etwas zu verändern. Auch deshalb nennen wir uns mittlerweile nicht mehr Initiative, sondern Stadtteilgewerkschaft. Wir sind eine kämpferische Organisation, die für gemeinsame Interessen eintritt.

Um welche gemeinsamen Kämpfe geht es da bei euch?

Dorit: Angefangen haben wir mit Mietkämpfen. Das Thema Miete hat das Potenzial, Leute zusammenzubringen, weil alle damit Stress haben. Dem Wohnungskonzern LEG zum Beispiel gehören in unserem kleinen Stadtteil ungefähr 700 Wohnungen. Wir haben also zu verschiedenen Problemen mit der LEG Kampagnen gemacht und Organizing betrieben. Am Ende eines solchen Kampfs, wenn das Individualinteresse gelöst wurde, die Wohnung beispielsweise wieder repariert wurde, war das Problem jedoch, dass sich die Perspektive einer langfristigen gemeinsamen Organisierung nur sporadisch erfüllt hat. Viele Leute sind dann nicht dabei geblieben. Daher gab es einen längeren Reflexionsprozess, unter anderem mit unseren Genoss:innen von Solidarisch in Gröpelingen aus Bremen. Die haben während Corona angefangen, eine Sozialberatung und verschiedene Beratungsangebote aufzubauen. Sie haben also ebenfalls an einer existenziellen Notwendigkeit angeknüpft, ähnlich dem Wohnthema, ihr Angebot aber gleichzeitig mit einer klareren Organisierungsperspektive verknüpft. Das setzen wir mittlerweile ebenfalls um. Berg Fidel Solidarisch bedeutet nicht „ich komme mal, wenn ich gerade ein Problem habe“ und dann wieder viele Jahre nicht. Sondern es ist eine Organisierung, in der ich Mitglied bin, womit eine gewisse Bereitschaft aktiver Teil zu sein einhergeht.

Wie funktioniert das genau?

Leo: Wir haben eine Struktur, an der die Leute erstmal andocken können und Unterstützung erfahren. Am deutlichsten geschieht dieser erste Schritt in unseren Beratungsangeboten, aber auch in unserer Küfa (Küche für alle, Anm. Red.) oder beim regelmäßigen offenen Treff. Hier bekommt man nicht nur Unterstützung, sondern kann selbst einen Teil beitragen – beim Kochen unterstützen, den Raum vorbereiten, Kaffee machen und so weiter. Daneben haben wir ein Aktiven-Treffen für die Leute, die aktiver Teil von BFS sind. Und

zuletzt gibt es das Entwicklungstreffen für die Initiativkräfte, wie wir sie nennen. Das ist der Ort, wo von Mitgliedern, die mehr Verantwortung tragen wollen, die Gesamtstruktur im Blick gehalten wird. Die verschiedenen Arbeitsbereiche erfordern unterschiedliches Engagement von den Aktiven, aber für alle gelten unsere politischen Grundsätze.

Dorit: Wir knüpfen an existenziellen Notwendigkeiten, beziehungsweise an Alltagsthemen oder -problemen an, um damit die abstrakte Kritik an Kapitalismus, Patriarchat usw. verständlicher und nahbarer zu machen. Wir verbinden die Kritik also mit den in der Nachbarschaft erfahrbaren Realitäten. Gleichzeitig kämpfen wir auf dieser Ebene für Veränderungen. Das hat das Potenzial, dass Menschen, die vielleicht noch nicht politisch interessiert sind, über diese Erfahrbarkeit den Weg zu uns finden. Die mehrgliedrige Struktur ermöglicht Menschen zudem, auf verschiedenen Kapazitätenlevels teilzunehmen. Wir versuchen, die Struktur so zu gestalten, dass so viele Menschen wie möglich so viel wie möglich teilnehmen können und sich somit als aktiver Teil einer gemeinsamen Organisation begreifen: Wir gehen davon aus, dass wir selbst die Macht haben, Dinge zu verändern, wenn wir uns kollektiv organisieren.

Gibt es Voraussetzungen für die Teilnahme?

Dorit: Zu den offenen Angeboten sind erstmal alle eingeladen. Sobald sich jemand entscheidet, aktiver Teil der Struktur zu werden, führen wir Gespräche über die politischen Grundsätze, die wir haben. Wenn es noch eine Ebene tiefer geht und Menschen Initiativkräfte werden wollen, führen wir nochmal ausführlichere Gespräche. Zudem versuchen wir regelmäßig Bildungen zu veranstalten, mit denen wir unsere Grundsätze und unsere Ideen innerhalb der Organisation vermitteln und diskutieren. Auch grundlegende Fragen wie „was ist Kapitalismus?“ finden dort Platz und werden gemeinsam erarbeitet.

Leo: Wenn Leute mit den Grundsätzen überhaupt nicht konform gehen und das direkt deutlich wird, dann schließen wir auch Leute aus – das nehmen wir ernst. Oft merkt man das aber auch schon bevor jemand wirklich aktiv wird, bei Haustürgesprächen oder in offenen Diskussionsrunden. Insgesamt ist das aber ein widersprüchliches Verhältnis – also am Alltagsverstand anzusetzen, den alle mitbringen und gleichzeitig auf die Grundsätze zu bestehen, die wir haben. Wir versuchen unsere Perspektive daher immer in allem deutlich zu

machen – darin, dass wir solidarisch miteinander umgehen, dass wir unsere Aktionen partizipativ gestalten und gemeinsam planen oder dadurch, dass wir immer Fotos von unseren kollektiven Aktionen dabei haben.

Wie finden in eurer Struktur die Reflexions- und Entwicklungsprozesse statt? Gibt es Raum für Gespräche, die eigene politische Perspektive betreffend, oder wünscht ihr euch mehr davon?

Dorit: Na klar, das ist super wichtig, auch wenn wir davon häufig gerne mehr hätten: Allein die regelmäßigen Treffen und Beratungsangebote nehmen viel Zeit in Anspruch. Aber wir haben, wie gesagt, auch verschiedene offene Bildungsformate und auch welche für Initiativkräfte innerhalb des Entwicklungstreffens. Auf beiden Ebenen führen wir auch politische Diskussionen, wo Positionen geschärft oder verhandelt werden. Teilweise finden die Diskussionen sogar überregional statt, vor allem mit unserer Schwesterorganisation Solidarisch in Gröpelingen zusammen.

Leo: Und obwohl wir dafür gerne noch mehr Raum hätten, sind wir häufig auch flexibel, aktuelle Themen aufzugreifen. Neulich hatten wir zum Beispiel das Thema „Müll“. Da haben wir uns lange nicht so richtig dran getraut, weil wir wussten, dass da einfach viele kommen und sagen, dass „die Ausländer“ am Müll Schuld seien. Jetzt haben wir's aber zum Thema gemacht und uns in dem Zuge auch selbst intern damit beschäftigt: Warum ist es hier eigentlich so dreckig? Woran liegt's?

Dorit: Warum schlagen immer diese gleichen rassistischen Narrative durch, die vermeintliche Herkunft zum Beispiel so stark mit Ideen von Unsauberkeit und Sauberkeit verschränken?

Leo: Davon ausgehend haben wir dann noch weitere Auseinandersetzungen geplant, zum Beispiel explizit zum Thema: Wie funktioniert eigentlich Rassismus im kapitalistischen System? Wir nutzen also aktuelle Themen als Ausgangspunkt für Prozesse der Selbstermächtigung und politischen Bildung.

Wie entscheidet ihr, mit wem ihr Bündnisse bilden würdet – und mit wem nicht?

Leo: Insgesamt arbeiten wir fast gar nicht mit dem Bündnisbegriff und machen auch eher wenig Bündnispolitik.

Dorit: Wir arbeiten z.B. nicht mit Parteien oder staatlichen Akteuren zusammen. Da gehen wir keine Bündnisse ein und nehmen auch keine Gelder oder Ressourcen an. Wir konzentrieren uns eher auf den Aufbau einer dauerhaften Organisation, als um temporäre Bündnisse mit unterschiedlichen Akteur:innen. Unser Ziel ist es, eine organisierte soziale Bewegung mit vielen anderen Stadtteilgewerkschaften aufzubauen, mit einer klaren politischen Perspektive. Daher konzentrieren wir uns in der Zusammenarbeit mit anderen Akteur:innen oder Gruppen auf genau solche, die dieses Ziel teilen.

Leo: Wie Dorit sagt, ist für uns die Organisierungsperspektive sehr wichtig, was sowohl lokal als auch überregional gilt. Organisiert zu sein bedeutet eine verbindliche Verbundenheit, die nicht bei der ersten Meinungsverschiedenheit oder Unsicherheit zerbricht. Vielmehr bedeutet organisiert Sein auch eine Bereitschaft mitzubringen, gemeinsam mit neuen Herausforderungen und offenen Fragen umzugehen; uns das Wissen anzueignen und eine Position und gemeinsame Perspektive zu entwickeln. Das ist ein zentraler Unterschied zu anderen linken Kleingruppen, bei denen ja oft die Zugangsvoraussetzung ist, dass man die politische Perspektive bereits teilt. Und das ist auch legitim, aber wir funktionieren da anders. Dadurch, dass es unser Ziel ist, eine Basisorganisation aufzubauen, dafür Leute aus der Nachbarschaft mit einzubeziehen und Politisierungsprozesse anzustoßen, ergeben viele Bündnisse, für die wir angefragt wurden, relativ wenig Sinn. Wir sind aber trotzdem z.B. Teil des VoNO!via-Bündnisses, was für uns total sinnvoll ist, weil wir die Mietberatung haben. Dort findet ein Erfahrungsaustausch statt und dort lernen wir sehr viel für unsere Arbeit und die gemeinsame Entwicklung.

Eure Entscheidung, diese Form von Organisation als Gewerkschaft zu bezeichnen – könnt ihr nochmal ausführlich, warum?

Leo: Das hat damit zu tun, dass wir lange Schwierigkeiten hatten, uns selbst gut vorzustellen und zu vermitteln worum es uns geht. Wir machen die Erfahrung, dass der Gewerkschaftsbegriff sehr populär ist für das Konzept gemeinsam für die eigenen Interessen zu kämpfen. Da der Begriff auch oft bei denjenigen, die keinen deutschen Hintergrund haben, präsent und leicht verständlich ist und uns Menschen, mit denen wir zusammengearbeitet haben, gefragt haben, ob wir eine Gewerkschaft sind, war das naheliegender, als uns immer bloß Nachbarschaftsinitiative zu nennen. Aber die Idee ist, zu sagen:

Wir sind nicht nur eine ökonomische Organisation, wir sind auch eine soziale und politische Organisation.

Dorit: Ja, genau. Dazu kommt der Gedanke: Die Gewerkschaft gibt dir Rückhalt und Unterstützung: Diese Idee von „touch one, touch all“, also wenn du ein Problem hast, dann stehen wir alle als Mitglieder dieser Organisation hinter dir und lösen das gemeinsam. Wir erwarten aber eben im Gegenzug, dass du das dann für andere Mitglieder, andere Nachbar:innen, auch tust. Ein wechselseitiges Verhältnis: Wer Teil ist, soll auch aktiv werden – im Rahmen der Möglichkeiten.

Könnt ihr ein Beispiel nennen, wo ihr sagt: da waren wir mit unserer Arbeit oder Strategie wirklich erfolgreich, haben unsere politische Arbeit gut gemacht?

Dorit: Ich kann einmal mit dem allerersten spürbaren Erfolg anfangen, den wir als Berg Fidel Solidarisch erreicht haben. Vor einigen Jahren haben wir uns als LEG-Mieter:innen in der Nachbarschaft organisiert und dann gemeinsam Forderungen aufgestellt. Wir waren rund 80 Leute und haben zum Beispiel transparente Nebenkostenabrechnungen, einen verlässlichen Hausmeisterdienst und Sprechstunden im LEG-Büro im Viertel gefordert. Wir haben innerhalb von sehr kurzer Zeit hunderte Unterschriften gesammelt – und zwar nicht als Initiativkräfte, sondern vor allem sind viele Nachbar:innen beim Sammeln aktiv geworden. Zusammen mit Pressearbeit und Kundgebungen hat das dazu geführt, dass diese Sprechstunden wieder eingeführt wurden und dieses Büro seitdem wöchentlich zu festen Zeiten besetzt ist. Zudem wurden zahlreiche Schäden endlich repariert, weil wir kollektiv Druck aufgebaut haben. Da haben wir einige unserer Forderungen durchsetzen können.

Leo: Wir merken mittlerweile oft, dass wir für Einzelpersonen einen großen Unterschied machen. Zum Beispiel in der Beratung: Irgendwer bekommt mehr Geld vom Amt oder durch eine Mietkürzung oder kommt aus einem Vertrag heraus oder wie auch immer. Das sind wichtige Ansatzpunkte, und wir merken dort eine Handlungsfähigkeit. Es gibt Aktionen, wo wir nicht nur unsere je eigene Handlungsfähigkeit merken, sondern bei denen wir Sachen schaffen, die wir nur dadurch schaffen, dass wir viele sind. Also unser jährliches 1. Mai Fest zum Beispiel, bei dem viele Leute mitarbeiten, die sich dafür alle ihre

Berg Fidel Solidarisch Westen und Teil von diesem Prozess sind. Kollektiv gehen wir über uns selbst hinaus und machen Dinge, die wir uns alleine nicht getraut hätten oder nicht stemmen könnten. Und das ist natürlich nicht die Revolution. Aber es sind Situationen, bei denen wir merken: es lohnt sich, diese Arbeit zu machen. Wir bekommen Resonanz und es entstehen Beziehungen, die irgendwie verlässlich sind und auch außerhalb unserer Strukturen dann für gegenseitige Unterstützung sorgen.

Und gleichzeitig: Was hat sich in der Zeit, in der ihr aktiv seid als Gewerkschaft, als reale Gefahr für eure Struktur herausgestellt?

Leo: Aus der Nachbarschaft haben wir bisher wenig expliziten Gegenwind bekommen. Wir haben unzählige gute Beziehungen aufgebaut und bekommen insgesamt viel Zustimmung. Die LEG zum Beispiel ist aber natürlich kein Fan von uns und hat unter anderem mal (erfolglos) versucht ein von uns geschaffenes Wandbild im Viertel zu entfernen. Aber wenn die uns mögen würden, hätten wir ja auch was falsch gemacht. Mit dem Müllthema vor kurzem gab es das erste Mal eine stärkere Polarisierung und die Situation, dass wir viel stärkere Meinungsverschiedenheiten in der Nachbarschaft hatten und auch auf Social Media stärkeren Gegenwind bekommen haben. Trotzdem würden wir die Aktion auf jeden Fall als Erfolg werten! Abgesehen davon bemerken wir natürlich die politische Großwetterlage, die uns große Sorgen macht. Aber auch mit Blick hierauf denken wir, dass kein Weg daran vorbei führt Schritt für Schritt Macht von unten aufzubauen.

Dorit: Diese Prozesse von Selbstermächtigung, politischer Bildung und konkreter Organisierung sind sehr langfristig und brauchen viel Zeit. Wenn man zeitgleich aber mitbekommt, wie stark die Rechten auf den Zug von Basisorganisierung aufgesprungen sind, da kann man sich natürlich fragen, was es für einen Effekt hat, wenn wir immer wieder aus unserer Perspektive berichten und Strategietexte schreiben. Weil natürlich kann das Konzept von Basisorganisierung auch unterschiedlich ideologisch gefüllt werden: Sehr offen und emanzipatorisch aber natürlich auch rassistisch-nationalistisch. Das ist tatsächlich gerade so eine Frage, die ich mir stelle: Was haben diese ganzen Strategiedebatten innerhalb der Linken vielleicht dann auch wieder in der Rechten gemacht?

Leo: Da hätte ich allerdings auch das Gefühl, dass die da halt schon viel früher angefangen haben als Linke. In Berg Fidel gibt es einfach keine progressiven Akteur:innen, hier waren nie Linke. Dafür gibt es aber diverse religiöse, teilweise fundamentalistische Akteur:innen. Es ist auf jeden Fall ein Ort, an dem die AfD versucht, Wahlkampf zu machen. Das bedeutet, die Kämpfe finden direkt hier statt und wir müssen entsprechend auch hier antworten und immer wieder unsere Perspektive auf eine solidarische Gesellschaft stark machen.

Ihr habt auch vorher berichtet, dass ihr mit anderen Stadtteilgewerkschaften vernetzt seid. Könnt ihr das nochmal genauer ausführen?

Leo: Eine Stadtteilgewerkschaft kann nicht nur in einem kleinen Stadtteil für ihre Mitglieder erfolgreich sein. Wir haben immer die politische Perspektive, eine Organisation aufzubauen, mit der wir tatsächlich durchsetzungsfähig sind. Das muss massenmässig realisiert werden. Unsere übergreifende Organisation nimmt unterschiedliche Formen an: Wir haben zum Beispiel mit Solidarisch in Gröpelingen eine gemeinsame Kommission, die regelmäßig zusammen arbeitet. Wir haben gemeinsame Bildungsveranstaltungen, Wochenenden, Strategietreffen und Entwicklungstreffen. Wir orientieren uns an unseren jeweiligen Erfahrungen und reflektieren sie gemeinsam. Seit ungefähr einem Jahr haben wir auch mit anderen Stadtteilinitiativen bundesweit eine gemeinsame Struktur, die dabei hilft, Stadtteilgewerkschaften vor Ort aufzubauen mit dem Ziel einer gemeinsamen Organisierungsperspektive.

Dorit: Zudem haben wir uns auch viel international umgeschaut. Besonders die Zapatistas aus Chiapas, Mexiko mit ihrem Verständnis von Selbstorganisation waren von Anfang an ein wichtiger Bezugspunkt für uns. Während ihrer Rundreise durch Europa 2021 waren sie auch bei uns im Stadtteil und wir haben gegenseitig von unseren Erfahrungen mit Organisation erzählt. Das hat viel Kraft gegeben. Wir haben uns außerdem mehrmals mit Genoss:innen vom MST aus Brasilien ausgetauscht, mit Leuten aus der Türkei, die Stadtteilarbeit machen, aus Spanien, Italien oder Los Angeles.

Leo: Diese Inspirationen und der Austausch waren und sind immer sehr wichtig für uns. Die Organisierungsperspektive ist zentral, wenn wir das Ziel radikaler Veränderung ernst nehmen. Hier haben wir auch noch viele offene Fragen.

Dorit: Genau. Mit zunehmender Größe stellen sich immer neue Fragen. Wie können wir in Zukunft als Stadtteilarbeitsbewegung z.B. mit der Klimabewegung zusammenarbeiten? Welche Synergien würden sich da ergeben? Wie könnte man da zusammenarbeiten? Oder mit der feministischen Bewegung?

Wie filtert ihr in konkreten Gesprächen gemeinsame Interessen heraus? Also, wie schafft ihr es, in diesen Alltagsgesprächen einen Bogen zum Bezugsrahmen Kapitalismus zu spannen?

Dorit: Oft machen wir die Erfahrung, dass viele Leute letztendlich sehr, sehr ähnliche Probleme teilen – trotz ihrer Verschiedenheiten. Also das wäre jetzt eine simple Antwort. Oft entsteht Verständnis durch die Erkenntnis der gemeinsamen Probleme: Aha, das betrifft wirklich eine Vielzahl an ganz unterschiedlichen Menschen, denn es liegt am System.

Leo: Das andere ist, dass wir ja auch nicht alle Menschen gleichzeitig mit allem ansprechen. Berg Fidel ist ein relativ kleiner Stadtteil. Es gibt einen Supermarkt, es gibt eine Post – man begegnet sich hier. Wir kennen wirklich sehr viele Nachbar:innen, sehr viele kennen uns, auch mit Namen – auch, weil wir ständig vor dem Supermarkt stehen und Leute anquatschen, bei ihnen zu Hause klingeln oder sie anrufen. Es geht einfach immer wieder um das Thema Gerechtigkeit, um Bedürfnisbefriedigung versus Profitinteressen. Und wenn wir mit einem Thema einsteigen, zum Beispiel mit Miete oder jüngst dem Müll, dann laden wir Leute zu einem Austausch ein und diskutieren. Und dann folgt vielleicht früher oder später auch eine Einladung zu unserer Bildung: "Was ist denn eigentlich Kapitalismus?" Damit klingeln wir nicht an der Haustür, das kommt Schritt für Schritt. Denn erst einmal ist es ja überhaupt nicht logisch oder nachvollziehbar, warum man jetzt über Kapitalismus reden soll, wenn jemand eine kaputte Heizung hat. Sondern da muss die Heizung erstmal repariert werden. Aber die Leute kommen wieder und da entsteht was. Auch, weil wir ganz klar machen: Wir machen das nicht für Geld, sondern weil wir es wichtig finden. Wir sind auch selbst davon

betroffen, wenn mal wieder das Wasser abgestellt ist oder ähnliches, weil wir im gleichen Haus wohnen. Ich glaube, das verbindet einfach auch. Und darüber kann das dann wachsen.

Dorit: Ja. Leute kommen auch recht schnell an den Punkt, sich mit anderen zu solidarisieren, die sie bisher nicht so gut kannten oder deren Lebensrealitäten sie nicht teilen. Dafür ist es wichtig auch Begegnungsorte zu schaffen und eine Kultur des gegenseitigen Zuhörens. Die Verschränkung von verschiedenen Unterdrückungsmechanismen wird in der Praxis und im Gespräch schnell deutlich. Nicht zuletzt merken wir häufig, dass es bei vielen Menschen ein Bedürfnis danach gibt, sich zu engagieren, solidarisch zu sein und durch das Engagement wirkmächtig zu sein.

*

"Berg Fidel Solidarisch" ist eine Stadtteilinitiative in Münster, die kollektives solidarisches Handeln im Stadtteil voranbringt. Neben den alltäglichen Kämpfen in ihrem Umfeld streben sie eine gemeinsame, klassenkämpferische Perspektive und eine größere Organisation mit anderen politischen Gruppen an.

Das Interview führten Lena Hezel und Johanna Bröse.

Zitathinweis: Johanna Bröse und Lena Hezel: „Die Kämpfe finden hier statt und wir müssen hier antworten“. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/xGmMZ>.

Das Gespenst einer freien Welt



Mark Fisher

Sehnsucht nach dem Kapitalismus

In zwei späten, nun posthum veröffentlichten Texten zeigt Mark Fisher die 1970er Jahre als Zeit linker Kämpfe und von Experimenten, die neue Verbindungen stifteten.

Rezensiert von [Morten Paul](#)

Gegenwartsdeutungen häufen sich, denen zufolge der Zyklus gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, der mit Occupy Wallstreet einsetzte und im Arabischen Frühling und in Black Lives Matter Höhepunkte fand, ans Ende gekommen sei. Die Stunde linker Selbstkritik ist angebrochen. Sie fällt gewohnt vernichtend aus: Nicht nur sei der Aufbruch zum Erliegen gekommen, er habe außerdem keinerlei bleibenden Strukturen hinterlassen, auf die sich kommende Bewegungen stützen könnten. Die Schuldigen an dieser Niederlage sind schnell ausgemacht: Es sind die Linken selbst. Mit der Betonung individueller Betroffenheit, der Moralisierung von Politik und einer Fetischisierung des Unmittelbaren sei die hektische Identitätspolitik der letzten zwanzig Jahre zur Komplizin des identitären Backlash geworden. Der Sündenfall liegt dabei, wie könnte es anders sein, in der Abwendung vom Klassenkampf und Hinwendung zu kulturellen Fragen, die mit dem Anbruch der Postmoderne verbunden wird. Der Soziologe Luc Boltanski und die Ökonomin Ève Chiapello hatten schon 1999 die Sozialkritik der alten Linken einer Künstlerkritik der neuen Linken gegenübergestellt. In der zeitgenössischen Management-Literatur machten sie dann eine kongeniale Aufnahme der Künstlerkritik aus, die damit zur Wegbereiterin des

Neoliberalismus geworden war. Eine wirkmächtige Erzählung war in der Welt, die bis heute die Debatten bestimmt.

Gut, dass dieser Tage zwei Texte des britischen Kulturtheoretikers Mark Fisher von Christian Werthschulte beziehungsweise Alexander Brentler ins Deutsche übersetzt worden sind, die zur Hochzeit des jüngst vergangenen Zyklus' entstanden sind. Sie enthalten eine Flaschenpost: Denn in der 2016 verfassten Einleitung zum ungeschriebenen gebliebenen Buch „Acid Communism“ sowie in der Mitschrift des letzten Seminars, das er am Südlondoner Goldsmiths College gab, bevor er sich am 13. Januar 2017 noch während des laufenden Semesters das Leben nahm, stellt Fisher die Plausibilität dieser Erzählung grundsätzlich infrage: Was wäre, wenn nicht die Künstlerkritik schnurstracks in den Neoliberalismus führte, sondern vielmehr die Unfähigkeit der Traditionslinken, den gegenkulturellen Aufbruch aufzugreifen? Beide Texte widmen sich auf unterschiedliche Weisen dem Versuch, die hinter dieser Frage steckende These zu entwickeln. Sie sichten dafür das gegenkulturelle Arsenal erneut und enthalten so gerade wegen ihres skizzenhaften Charakters Anregungen für die Gegenwart.

Die Siebzigerjahre als Kampffeld und eine Debatte um 2015

Zu diesem Zweck entwirft Fisher zunächst ein ungewohntes Bild der Siebzigerjahre: In seiner Rekonstruktion handelt es sich nicht um bleierne Jahre, in denen die Energien von 1968 schließlich versickerten. Das rote Jahrzehnt zeigt sich vielmehr als ein heftig umkämpftes Terrain, auf dem Linke zunächst maßgebliche Geländegewinne erzielten, bevor die neoliberale Konterrevolution brutal zurückschlug. Fishers überraschende Schlussfolgerung ist, dass sich diese Konterrevolution daher nicht wie üblicherweise angenommen gegen das Bündnis aus Marktwirtschaft und Sozialdemokratie gerichtet habe, das den Klassenkompromiss der Nachkriegszeit geprägt hatte. Dieses Bündnis war Ende der Sechzigerjahre vielmehr ohnehin auf bestem Wege, an seinen eigenen Widersprüchen zu zerbrechen. Und ihr Gegner war auch nicht der sich in seinem langsamen Niedergang einrichtende realsozialistische Ostblock, der als lustvoll inszenierte Drohkulisse für den „freien Westen“ herhalten musste. Hauptfeind waren jene „demokratisch-

sozialistischen und libertär-kommunistischen Experimente“ (Fisher 2016, S. 571), die die Gegenkultur auszeichneten. Für Fisher ist ausgemacht, dass diese Experimente die radikalste Infragestellung der zeitgenössischen kapitalistischen Ordnung darstellten. Geburtshelfer*innen der kapitalistischen Offensive namens Neoliberalismus, die bis heute anhält, waren dann aber gerade nicht Künstler*innen und ihre existenzialistisch grundierte Kritik an Langeweile, Normalität und Alltag, wie sie auch die gegenkulturellen Experimente prägte, sondern eben jene sozialdemokratischen Parteipolitiker und Gewerkschaftssekretäre, die stur an den Kompromissen der Nachkriegsordnung hatten festhalten wollen, die ihnen ihre eigene – relativen – Privilegien eingebracht hatten, und sich deswegen den jungen Wilden entgegenstellten; ähnlich verheerend müssen wir uns nach Fisher aber auch das „strenge leninistische Über-Ich“ (S. 77) am andere Ende des linken Spektrums vorstellen, für das nur die Revolution, und zwar eine vollständige, galt: In Gestalt von Politikadern der zahllosen K-Gruppen und Ausbauorganisationen wäre es der als unproletarisch diffamierten langhaarigen Lebensfreude von Freaks und Beatniks aber auch der spontanen Disziplinlosigkeit lebenshungriger Fabrikarbeiter*innen am liebsten mit der Schere auf den Pelz gerückt.

Die Warnung, die Fischer vor den Sachverwalter*innen des Nachkriegskompromisses ausspricht, könnte auch angesichts aktueller Diskussionen hellhörig machen. Den Kontext für die Intervention Fishers stellte aber die Debatte um einen linken Akzelerationismus dar, die Mitte der Zehnerjahre zumindest das Feuilleton eine Weile beschäftigt hielt. Sie bildet den Aufhänger für die erste Seminarsitzung. Die Politologen Nick Srnicek und Alex Williams hatten bereits 2013 im Rückblick auf die Occupy-Bewegung eine scharfe Kritik an dem formuliert, was sie als folkloristischen Lokalismus – kurz Folkpolitik – bezeichneten: Die Beschränkung auf horizontale, basisdemokratische Verbindungen, die aus Angst vor der Korrumpierung durch Macht und Hierarchien langfristige Organisation und Institutionalisierung fahrlässig ignoriert hätten. Srnicek und Williams plädierten dagegen dafür, sich die Potenziale des entwickelten Kapitalismus zunutze zu machen. Dafür griffen sie eine in den Siebzigerjahren prominente Denkfigur auf, für die sich Versatzstücke in den Texten Gilles Deleuze', Félix Guattaris oder Jean-François Lyotards aufspüren lassen: Nicht indem man den Kapitalismus zurückdrängt, sondern in dem man die in ihm wirkenden (widersprüchlichen) Tendenzen

beschleunigt, überwindet man ihn. Zentral dabei ist für Srnicek und Williams die Technik: Während sie der Folkpolitik Technikfeindschaft attestieren, sehen sie gerade in der durch den digitalen Kapitalismus entwickelten Technologie die Chance, gesellschaftlich notwendige Arbeit zu reduzieren, so freie Zeit zu schaffen und Überfluss für alle zu produzieren. Die Rede vom *fully automated luxury communism* machte die Runde.

Eine eigenwillige Beschleunigung

Fisher bezieht sich nun in einer eigenwillig doppelten Weise auf diese Diskussionen. Einerseits bejaht er sie und macht sich innerhalb des Kapitalismus auf die Suche nach Momenten, die ihn überschreiten. Andererseits verschiebt er den Blick entschieden von institutionellen und technologischen Rahmenbedingungen aufs kulturelle Feld. Man kann sich bei vielen Beispiele, die Fisher bringt, lebhaft vorstellen, dass sie von Akzelerationist*innen als folkloristisch diffamiert worden wären: Fündig wird er nämlich in experimenteller Pop- und Rockmusik, psychedelischer Drogenkultur, Bürgerrechts- und zweiter Frauenbewegung, avantgardistischer Kunst und Fernsehunterhaltung sowie in allen Formen jugendlichen Aufbegehrens und Müßiggangs. Es mag Fisher-Leser*innen überraschen, wie positiv sich der Kulturtheoretiker, dessen Ausgangspunkt der Post-Punk gewesen war, in diesen späten Texten auf das Jahrzehnt der Hippies bezieht – handelt es sich bei ihnen doch immerhin um die Todfeinde der Punks. Mehr noch, hatte Fisher nicht 2013 mit seinem kontroversen Artikel „Raus aus dem Vampirschloss“ als Konsequenz einer Polemik gegen eine vorgeblich in den sozialen Netzwerken beheimatete „[m]oralische[n] und säuerliche[n] Salonlinke“ (Fisher 2013, S. 550) selbst eine proletarische Wende vollzogen, die noch heute gerne zur eingangs erwähnten links-linken Kritik herangezogen wird? Tatsächlich findet sich auch im Veranstaltungstranskript der mit der Politologin Wendy Brown formulierte Vorbehalt einer allzu großen Anhänglichkeit an die eigenen Verletzungen. Damit ist die Betonung eines von gesellschaftlichen Gruppen oder Individuen erlittenen Unrechts gemeint, die identitätsstiftend und -fixierend wirkt. Moralismus und Verurteilungslust sind Konsequenzen aus dieser Anhänglichkeit, die Fisher in der Gegenwartslinke am Werk sah. Er stellt sie im Seminar aber in den weiteren Zusammenhang einer linke Melancholie, die nicht in der Lage sei, das geliebte Objekt (also die gescheiterte Revolution) zu betrauern, und sich daher in den vergangenen

Niederlagen einrichte, statt nach Möglichkeiten für zukünftige Siege zu suchen. Doch bereits in dem Text von 2013 findet sich die Idee von „Politik als psychedelische Dekonstruktion der herrschenden Realität“ (Fisher 2013, S. 548), die Fisher schon zu diesem Zeitpunkt mit den Sechziger- und Siebzigerjahren glaubte identifizieren zu können. Was genau hoffte er, dort zu finden?

Die Gemeinsamkeit eines *Beatles-* oder *Temptation-*Songs mit einer geschwänzten Schulstunde oder einem blaugemachten Montagmorgen liegt für Fisher darin, dass sie an ein und dasselbe Begehren rühren: „Denn sicher war der Schlüssel zur Gegenkultur – bei allen ihren Fehlern, und davon gab es viele – ihre arbeitsfeindliche Ethik, die sie in den Mainstream brachte.“ (S. 74) Es handelt sich dabei um ein Begehren im Kapitalismus in jenem Doppelsinn, in dem auch der etwas umständliche deutsche Titel der Seminar Mitschrift – „Sehnsucht nach dem Kapitalismus“ – formuliert ist: Ein Begehren nach den Dingen und Erfahrungen, die der Kapitalismus anzubieten hat, aber eben auch ein Begehren nach dem, was in ihnen über den Kapitalismus hinausweist. Bildungsexpansion und Konsumkapitalismus förderten laut Fisher das Florieren und Zirkulieren dieses Begehrens. Das „pink-weiße Sanyo-Transitorradio“ der Schwester des britischen Radiomoderators Danny Baker erweist sich geradezu als ein heimlicher Held des Acid Kommunismus (Fisher 2016, S. 580), was bei Fishers ausgesprochener Musikbegeisterung vielleicht nicht überrascht, aber zeigt, dass er äußerst aufmerksam für die technologischen, institutionellen, medialen und materiellen Bedingungen der von ihm untersuchten Sehnsucht war. Veranschaulicht wird sie aber immer wieder vor allem an der Erfahrung eines durch Psychedelika induzierten Trips, obwohl Fisher selbst Drogen eher ablehnend gegenüberstand. Was passiert auf einem Trip? Die Welt, wie sie ist, beginnt sich aufzulösen. Sie wird flüssig. Das härteste Material und die starrste Struktur werden in ihrer Veränderbarkeit wahrnehmbar. Ein Schlüsselbegriff ist daher Plastizität, also eine Formbarkeit, die zu dauerhaften Veränderungen führen kann. Darin berührt sich Fishers Neubewertung der Gegenkultur mit seinem Interesse für *weird tales* und Phantastik, die mit literarischen oder filmischen Verfahren das Unheimliche der Realität und die Realität des Unheimlichen selbst sichtbar machen, eine anhaltende Faszination, die ihren Niederschlag in dem so spröden wie faszinierenden Buch „Das Seltsame und das Gespenstische“ gefunden hat.

Diese Aufmerksamkeit für das Seltsame darf aber nicht mit jener Weltflucht verwechselt werden, die häufig (und vermutlich zu Recht) mit den Hippies assoziiert wird. Der wichtigste praktische Anknüpfungspunkt ist für Fisher stattdessen das von der zweiten Frauenbewegung entwickelte *consciousness raising*, also der Versuch, im gemeinsamen Besprechen der privaten Sorgen deren gemeinsame Ursache in der Existenz als Frauen in einer patriarchalen Gesellschaft zu erkennen. Diese Bewusstseinsbildung steht für Fisher in einer Reihe mit der Kultivierung eines proletarischen Bewusstseins – eine Vorlesung widmet sich etwa Georg Lukács' wichtigen Texten aus „Geschichte und Klassenbewusstsein“ – durch Arbeiterkultur und Popmusik, Schwarzer Selbstermächtigung, wie sie sich in einem Slogan wie „black is beautiful“ ausdrückt, oder der homosexuellen und queeren Pride. Für sie alle stellt die psychedelische Bewusstseinsenerweiterung das Modell, weil an ihr besonders augenfällig wird, was aber genauso für die anderen Formen der Bewusstseinsbildung gilt: Sie reichen bis in die Weisen zu denken, zu fühlen und die Welt wahrzunehmen. In der ironischen Abwandlung von Lenins berühmter Formulierung vom Kommunismus als Sowjetmacht plus Elektrifizierung findet Fisher schließlich die Formel für den von ihm vorgeschlagenen Acid Kommunismus: „Psychedelisches Bewusstsein + Klassenbewusstsein“ (S. 74). So wird auch deutlich, welche Möglichkeiten zu neuen Verbindungen die Gegenkultur geschaffen hatte. Fisher erwähnt den Kampf für bessere Arbeitsbedingungen in der Chevy-Vega-Fabrik in Ohio 1972, in der Schwarze und *weiße* Arbeiter*innen sich selbstbewusst zusammenschlossen, um „die demokratische Kontrolle sowohl über ihren Arbeitsplatz als auch über ihre Gewerkschaften“ (Fisher 2016, S. 601) zu erringen. Es verwundert nicht, dass Fisher in seinen letzten Lebensjahren gemeinsam mit anderen versuchte, das *consciousness raising* in seinen politischen Zusammenhängen zu erneuern.

No way out but through

Der neoliberale Gegenangriff musste sich folgerichtig genau auf dieses Bewusstsein über die Veränderbarkeit der Welt richten. Schon die Möglichkeit, sie nur zu denken, sollte ausgelöscht werden. Fisher zeichnet – im Anschluss an den Philosophen Herbert Marcuse und den berühmten Satz Karl Marx' und Friedrich Engels vom Gespenst des Kommunismus – den Neoliberalismus als einen Geisterjäger oder Exorzisten, der unermüdlich damit beschäftigt ist, das Gespenst einer Welt, die frei sein könnte, zu jagen. Einem bis heute beliebten

Mittel dieser Geisteraustreibung sollte sich die nicht mehr abgehaltene achte Sitzung unter dem Titel „Die Erfindung der Mitte“ widmen. In der Einführung skizzierte Fisher die ihr zugrundeliegende Beobachtung, dass in den Achtzigerjahren durch konservative Politiker*innen eine Klassenanrufung geschaffen worden war, die sich gezielt außerhalb des Klassengegensatzes verortete, gewissermaßen eine Nicht-Klasse: die Mittelschicht.

Praktischerweise brachte sie das Klassenbewusstsein der Arbeiter*innenklasse zum Verschwinden, während die Besitzenden zum Angriff übergingen. Der Klassenkampf von Oben konnte nun fast ohne Widerstand fortgesetzt werden. In seinem berühmten Pamphlet „Kapitalistischer Realismus ohne Alternative“ von 2009, hat Mark Fisher dargestellt, wie der Neoliberalismus die kollektive Vorstellungskraft schließlich derart verstümmelt hat, dass es leichter fällt, sich das Ende der Welt als das Ende des Kapitalismus vorzustellen. Die Formel ist zwar mittlerweile ziemlich abgegriffen, gewinnt aber angesichts einer Klimakrise, vor der wir erstarren wie das Kaninchen vor der Schlange, nur an Überzeugungskraft.

Es ist aufschlussreich, dass die letzte Seminarsitzung vor der Winterpause, aus der Fisher nicht mehr wiederkehren sollte, sich Lyotards selbsterklärten „bösem Buch“ widmete, der „Libidinösen Ökonomie“. Böse, ja geradezu skandalös war und ist das Buch, weil Lyotard, der zuvor in undogmatischen kommunistischen Gruppen aktiv gewesen war sowie als sogenannter Kofferträger für die Algerische Unabhängigkeitsbewegung Geld geschmuggelt hatte, in drastischen Formulierungen den Gedanken entwickelte, dass die Arbeiter*innen ihre Unterwerfung im Kapitalismus wollen – und zwar bis hin zu ihrer physischen Vernichtung. In dem äußerst schwierigen Text von 1974 versuchte der französische Philosoph schließlich noch die Kapitalismuskritik als Teil der Begehrensstruktur des Kapitalismus zu begreifen – und durchzuexerzieren, in welche Aporien das führt: „Es gibt“, so fasst Fisher zusammen, „eine Art Komplizenschaft zwischen Marx, der das Kapital anklagt, und dem Kapital selbst.“ (S. 255) Wir können beobachten, wie Fisher zusammen mit seinen Studierenden bisweilen ratlos vor diesem Text steht. Immer wieder insistiert Fisher aber darauf, dass Lyotards Buch ein grundlegendes Problem aufwirft: dass es nämlich keinen Standpunkt außerhalb des Kapitalismus gibt; und das heißt eben auch, kein von ihm unberührtes Begehren, von dem aus seine Überwindung gedacht werden

könnte: „no way out“, so scheint Fisher uns wenig hoffnungsvoll zuzurufen, „but through“.

Für diesen Weg hindurch braucht es, auch darauf verweist Fisher, einen langen Atem. So hatte die Musikjournalistin Ellen Willis, der Fisher begeisterte Passagen widmet, bereits Ende der Siebziger die Ungeduld als einen Grund für das Abklingen des gegenkulturellen Überschwangs identifiziert. Man habe es, so Willis, nun mal mit zwar menschengemachten, aber nichtsdestotrotz äußerst hartnäckigen Strukturen zu tun, ob in der Politik, der Wirtschaft oder im Privaten. Manchmal aber fehlt die Kraft. Immer wieder hat sich Mark Fisher ausgehend von seiner eigenen Erkrankung mit Erschöpfung, Burnout und Depression als einem politischen Problem beschäftigt: Wie sie entpolitisiert und individualisiert werden; wie sie politische Aktivitäten verhindern; aber auch, wie Politik, wo sie gelingt, zum wirksamen Medikament gegen die depressive Vereinzelung werden kann. Die beiden späten Texte Fishers laden dazu ein, sich von den realexistierenden Hoffnungen, Sehnsüchten und Fantasien der Vergangenheit, mögen sie noch so abwegig scheinen, inspirieren zu lassen. Die Voraussetzungen für das Experiment mit der Freiheit mögen heute weitaus schlechter seien als noch vor 50 Jahren. Darauf zu verzichten wird sich angesichts des Angriffs von rechts aber rächen. Seinen Kurs wollte Fisher, so kündigte er in der Einführung an, mit „etwas Positivem ausklingen [] lassen“: dem Xenofeminismus, jenem jüngsten Versuch, die neuste Technologie zur Befreiung von Kapitalismus, Männerherrschaft, dem ohnehin viel zu engen Korsett Zweigeschlechtlichkeit und am Ende noch der Schwerfälligkeit des Körpers zu nutzen. Science-Fiction? „Ich glaube, dass sich hier viele spannende Möglichkeiten für eine postkapitalistische Politik der Gegenwart eröffnen“. (S. 70)

Verwendete Literatur

Fisher, Mark (2020 [2016]): Acid Communism (unvollendete Einleitung), aus dem Englischen von Christian Werthschulte. In: ders. K-punk. Ausgewählte Schriften (2004 – 2016), Edition Tiamat, Berlin, S. 569–603. Fisher, Mark (2020 [2013]): Raus aus dem Vampirschloss, aus dem Englischen von Robert Zwarg. In: ders. K-punk. Ausgewählte Schriften (2004 – 2016), Edition Tiamat, Berlin, S. 546–561.

Mark Fisher 2024:

Sehnsucht nach dem Kapitalismus. Herausgegeben von: Matt Colquhoun.

Übersetzt von: Alexander Brentler.

Brumaire Verlag, Berlin.

ISBN: 978-3-948608-35-4.

24,00 Euro.

Zitathinweis: Morten Paul: Das Gespenst einer freien Welt. Erschienen in: .

URL: <https://kritisch-lesen.de/s/yVJjU>.

Das alte Problem mit dem Klassismus



Francis Seeck

Klassismus überwinden

Wege in eine sozial gerechte Gesellschaft

Trotz Visionen einer sozial gerechten Gesellschaft und konkreten Vorschläge für Bündnisse und Handlungsschritte bleiben viele Fragezeichen.

Rezensiert von [Lena Hezel](#)

Das im März 2024 erschienene Buch von Francis Seeck hat mein Interesse geweckt – kommt es doch mit dem vollmundigen Titel „Klassismus überwinden“ daher und verspricht im Untertitel, „Wege in eine sozial gerechte Gesellschaft“ aufzuzeigen. Ich bin gespannt auf Seecks Vorschläge, insbesondere jene, die „größere strukturelle Fragen der Verteilung von Kapital“ (S.12) tangieren. Der Fokus meiner Betrachtung liegt dabei nicht auf der bekannten Kritik am Konzept Klassismus, sondern vielmehr auf den Vorstellungen einer sozial gerechten Gesellschaft, den Wegen dorthin und letztlich auch den Bündnissen, die dafür vorgeschlagen werden.

Wie kann man sich denn nun eine sozial gerechte Gesellschaft vorstellen? Seeck nähert sich dieser Vision mithilfe der „Wunderfrage“ (S. 18) und gibt Einblicke in Szenarien von Teilnehmenden aus verschiedenen Workshops. Viele stellen sich vor, entspannter und glücklicher aufzuwachen; sie könnten ausschlafen und dann gemütlich einen fair produzierten Kaffee schlürfen. Aber Moment! Wie wäre das mit den globalen Lieferketten und der Klimaschädlichkeit geregelt? Gäbe es überhaupt noch Lohnarbeit? Jedenfalls wäre die Arbeitszeit verkürzt und die Sorgearbeit fair verteilt, denn es sind

auffällig viele Väter mit Kinderwägen unterwegs. Eine ostdeutsche Schwarze Frau aus der Arbeiter*innenklasse ist Bundeskanzlerin und die S-Bahnen sind – dem 9-Euro-Ticket sei Dank – regelmäßig überfüllt. Professor*innen wischen den Boden und man hört viel mehr Lachen, alle sind glücklich: Was muss passieren, damit dieses Gedankenexperiment Wirklichkeit werden kann?

Schritte in eine sozial gerechte Gesellschaft

Dafür gibt es in der Folge konkrete Vorschläge, die auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen. Jede einzelne Person könne dazu beitragen, so Seeck. Die Selbstorganisation von Erwerbslosen und Armutsbetroffenen oder Initiativen wie der Hashtag #ichBinArmutsbetroffen werden als Beispiele vorgestellt, die mit Vernetzung, Sichtbarkeit, Selbstermächtigung und Solidarität erfolgreich dazu beitragen, Scham und Vereinzelung zu überwinden. Zudem setzten diese Kampagnen und Bewegungen das Thema Einkommensarmut auf die politische Agenda. Nicht-Betroffene aller Klassen können sich solidarisieren oder im Sinne von Powersharing Ressourcen teilen. Eine besondere Rolle komme hierbei den sogenannten „Klassenübergänger*innen“ (S. 37) zu, also Menschen, die ihre soziale Klasse verlassen: Arbeiter*innenkinder etwa, die Abitur machen oder studieren. Seeck berichtet von Gesprächsgruppen, in denen eben diese „Klassenübergänger*innen“ über ihre neu erhaltenen Privilegien reflektieren und sich über ihre Erfahrungen austauschen können, die sie durch ihre „Klassenreise“ (S. 41) erhalten haben – schließlich hätten sie jetzt „von der Welt der Beherrschten in die Welt der Herrschenden“ (S. 40, im Ursprung ein Zitat von Chantal Jaquet) gewechselt.

Seeck kommt schließlich zu dem Credo: Gerade Klassenübergänger*innen müssten klassismuskritisch handeln, „indem sie den Blick weg von ihren individuellen Erfolgsgeschichten lenken und hin zu Fragen einer sozial gerechten Gesellschaft“ (S. 48/49), ginge es doch schließlich darum, Macht grundsätzlich anders zu verteilen. Den „Klassenübergänger*innen“ komme dabei eine wichtige Funktion als Vermittler*innen zwischen den Klassen zu, sie können helfen Allianzen zu bilden und Brücken zu bauen:

„Klassenübergänger*innen aus der Armuts- oder Arbeiter*innenklasse können wichtige Bündnispartner*innen für eine sozial gerechte Gesellschaft werden und zwischen unterschiedlichen sozialen Welten übersetzen. Auch Menschen mit Klassenprivilegien und mit einer privilegierten Herkunft können sich aktiv gegen Klassismus einsetzen, nämlich indem sie ihre Privilegien nutzen, um eine sozial gerechte Gesellschaft aufzubauen“ (S. 109/110).

Bündnisse mit Superreichen?

An dieser Stelle wird es besonders spannend, denn Seeck richtet sich nun insbesondere an „klassenprivilegierte Menschen“ (S. 62) – also Reiche –, mit der Aufforderung, sich folgende Fragen zu stellen: „Wie kann ich verantwortungsvoll mit Klassenprivilegien, Reichtum und Macht umgehen, wie kann ich sie abbauen helfen?“. In der Folge werden Initiativen vorgestellt, die sich explizit an (junge) Menschen richten, die Teil der oberen zehn Prozent der Gesellschaft sind. Ein bekanntes europäisches Beispiel dürfte die Initiative „Taxmenow“ sein. „All diese Organisationen haben gemein, dass sie versuchen, das (unverdiente) Geld, wie ein Erbe, so umzuverteilen, dass die Gesamtgesellschaft davon profitiert und sich die Kluft zwischen Arm und Reich wieder schließt“ (S. 63), so die Hoffnung.

In diesen Kreisen bilden sich also Praxisgruppen, Strategien der Umverteilung werden entwickelt und Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Der Hebel zur Veränderung liegt dabei in einer Reform des Steuersystems; die Klassenprivilegierten (man könnte auch sagen: Superreichen) sollen bitte mindestens sieben Prozent ihres Vermögens abgeben. Und wer sich nicht ganz sicher ist, mit wie vielen Privilegien er oder sie gesegnet ist, kann im Internet ein Klassenprivilegien-Quiz machen.

Die Klimabewegung, intersektionale Bündnisse und anticlassistisches Miteinander

Im Hinblick auf Bündnisse, Zusammenschlüsse und gemeinsame Kämpfe eröffnen sich auf dem Weg in eine gerechte Gesellschaft neben den beschriebenen Allianzen der Superreichen weitere Handlungsfelder. Beispielhaft wird die Klimabewegung herausgegriffen. Seeck arbeitet heraus, dass die Klimakrise armutsbetroffene Menschen am stärksten trifft und konstatiert: „Der Kampf gegen die Klimakatastrophe und gegen Klassismus gehören also zusammen“ (S. 78). Dabei steht die Frage im Fokus, wie Klimaaktivismus sozial diverser und weniger klassistisch sein kann. Es geht um ausschließende Sprache und klassistische Annahmen, die „klassenübergreifende Bündnisse für Klimagerechtigkeit“ (S. 84) erschweren und dazu führten, dass die Bewegung mehrheitlich von Gymnasiast*innen und Studierenden getragen werde. Einerseits müssten klassistische Vorurteile gegenüber nichtakademischen Bewegungen abgebaut werden, andererseits müsse überlegt werden, wie reiche Menschen erreicht und dazu eingeladen werden könnten, ihren Lebensstil zu überdenken. Schließlich werden Vorschläge für einen weniger akademischen Sprachstil und klassismuskritisch reflektierte Aufgabenverteilung gemacht und Beispiele für „öko-soziale Allianzen“ (S. 90) vorgestellt, die sich etwa gemeinsam für die Einführung des im Koalitionsvertrag versprochenen Klimageldes einsetzen. Seeck betont: „Eine sozial gerechte Gesellschaft können wir nur in klassengemischten Zusammenhängen erreichen“ (S. 107).

Um verschiedene gesellschaftliche Kämpfe zusammenführen zu können, beispielsweise gegen die Klimakatastrophe, gegen Sexismus, Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und so weiter, müssten „intersektionaler Bündnisse“ (S. 96) eingegangen werden. Konkrete Schritte zur Umsetzung finden sich nicht; nach der Nennung und Vorstellung einiger Initiativen, die intersektionale Ansätze verfolgen, bleibt es beim allgemeinen Aufruf, eigene Handlungsfelder zu reflektieren, auf Ausschlüsse, Zugänge und Teilhabemöglichkeiten zu überprüfen und Barrieren abzubauen.

...Und wo liegt jetzt das (alte) Problem?

Schaut man sich die „handfesten Vorschläge und ungewöhnlichen Denkanstöße“ (Klappentext) Seecks genauer an, wird klar, dass diese Vorstellungen und Visionen eben nicht außerhalb des Kapitalismus, etwa in einer Gesellschaftsform ohne Ausbeutungsverhältnisse liegen, sondern allesamt Ideen sind, die den Kapitalismus lediglich etwas gerechter, freundlicher, erträglicher, weniger diskriminierend machen sollen. Genau darin zeigt sich das alte Problem mit dem Klassismus sehr deutlich.

Klassismus überwinden heißt davon ausgehend dann nicht, sich zusammensetzen, um die Chefetagen abzuschaffen, sondern die Superreichen zu bitten, uns doch einen Krümel vom Kuchen abzugeben. Und es heißt eben nicht, breite Bündnisse auf Basis gleicher Interessen zu schmieden, sondern als „Klassenübergänger*innen“ Brücken zu den Herrschenden zu bauen. Im Übrigen ist schon der Begriff der Klassenübergänger*innen irreführend, denn damit ist eher ein Milieu- oder Schichtwechsel gemeint – die Menschen bleiben ja größtenteils trotzdem Lohnabhängige, also Teil der Arbeiter*innenklasse.

Grundlegende Zusammenhänge für Ungleichheiten und Ungerechtigkeit, die dem Kapitalismus inhärent sind, werden ignoriert und gemeinsame Interessen – etwa in der Klimabewegung – nicht erkannt. Die Unterbelichtung des Bezugsrahmens Kapitalismus führt dazu, dass Klassismus keine Erklärung für Ausbeutungsverhältnisse liefern kann, außer diese auf diffuse „Machtverhältnisse“ (etwa S. 106) zurückzuführen. Gleichzeitig bleibt wie so oft unklar, was mit Klassismus denn nun konkret gemeint (oder besser: nicht gemeint) ist. Einerseits wird Klassismus im vorliegenden Büchlein als Diskriminierungsform beschrieben, andererseits soll seine Überwindung in eine sozial gerechte Gesellschaft führen. Zumindest ist Francis Seecks Buch ein weiterer Beleg dafür, dass sich anticlassistisches Handeln auf Antidiskriminierungspolitik beschränkt und sich damit mit Sicherheit keine grundlegenden Veränderungen unserer kapitalistischen Gesellschaft erwirken lassen. Aber jetzt, nach der Lektüre, denke ich: Vielleicht ist das auch gar nicht das Ziel? Vielleicht sind die Visionen einer gerechten Gesellschaft schon damit befriedigt, länger schlafen zu können und in der Tagesschau den Reden einer ostdeutschen Schwarzen Bundeskanzlerin aus der Arbeiter*innenklasse zu lauschen? Vielleicht ist ein Ergebnis der Debatten um das Konzept Klassismus,

dass es nun seinen Platz gefunden hat und gar nicht mehr versucht wird, damit größere Zusammenhänge zu erklären oder größere Veränderungen zu erreichen? Um mit den Worten Seecks abzuschließen:

„Zu Beginn meiner Fortbildungen zu Antidiskriminierung sage ich immer, dass es gut ist, wenn Teilnehmer*innen am Ende mehr Fragen haben als am Anfang des Seminars. Dasselbe gilt auch für dieses Buch.“ (S. 105)

Francis Seeck 2024:

Klassismus überwinden. Wege in eine sozial gerechte Gesellschaft.

Unrast Verlag, Münster.

ISBN: 978-3-89771-380-2.

128 Seiten. 12,80 Euro.

Zitathinweis: Lena Hezel: Das alte Problem mit dem Klassismus. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/NGviV>.

Die Revolutionär*innen aus der Nachbarschaft



Vogliamo tutto (Hrsg.)

Revolutionäre Stadtteilarbeit

Zwischenbilanz einer strategischen Neuausrichtung linker Praxis

Schafft es die radikale Linke mit Stadtteilarbeit zurück in die Gesellschaft? Fünf Erfahrungsberichte, die Handbuchpotenzial haben.

Rezensiert von [Kilian Ziebarth](#)

Die schockierenden, aber erwartbaren Ergebnisse der Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg haben bei vielen linken Gruppen und Aktivist*innen nicht nur im Osten Deutschlands ein Gefühl der Macht- und Ratlosigkeit ausgelöst. Zwar gelangen in diesem Jahr immer wieder beachtliche Mobilisierungen mit antifaschistischer Ausrichtung – ob Anfang des Jahres in Reaktion auf die CORRECTIV Recherchen oder Ende Juni „Essen Widersetzen“ – aber das erklärte Ziel, den Rechtsruck aufzuhalten, scheint nicht erreichbar. Dabei ist die Beobachtung, dass selbst starke Mobilisierungen selten zu gesellschaftlicher Veränderung führen, sondern schnell wieder abflachen, gar nicht so neu.

Die Berliner Gruppe Vogliamo tutto knüpft mit ihrer Veröffentlichung „Revolutionäre Stadtteilarbeit. Zwischenbilanz einer strategischen Neuausrichtung linker Praxis“ an eine Debatte an, die aus ganz ähnlichen Erfahrungen schon 2015 aufkam. Damals machten sich Teile der antikapitalistischen Linken aus dem deutschsprachigen Raum Gedanken darüber, wieso die Mobilisierungen im Kontext der Euro-Krise eher erfolglos

blieben und wie eine Neuausrichtung ihrer politischen Praxis aussehen kann. Das Zauberwort hieß damals: Basisorganisierung.

Raus aus der Szene, rein in die Gesellschaft

Vogliamo tutto hat zwischen September 2020 und Mai 2021 Interviews mit fünf Gruppen geführt, deren Arbeit von dieser Debatte beeinflusst wird und auf der Stadtteil- und Nachbarschaftsebene ansetzt. Im Buch werden die gekürzten Transkripte der Interviews wiedergegeben, gerahmt durch einen einleitenden und einen auswertenden Text. Die einzelnen Gespräche sind durch Teilüberschriften nach Themen gegliedert. Das lässt sich leicht lesen und regt zum Blättern und Vergleichen an.

Bei den fünf Gruppen handelt es sich um Berg Fidel Solidarisch aus Münster, Solidarisch in Gröpelingen aus Bremen, Wilhelmsburg Solidarisch aus Hamburg sowie Hände weg vom Wedding und Kiezkommune Wedding aus Berlin. Sie alle wagen den Versuch, antikapitalistische Perspektiven aus der eigenen Szene herauszuholen und in „die Gesellschaft“ – das heißt konkret: die Nachbarschaft – zu bringen. Über direkte Ansprache der Bewohner*innen, teils in Form von Haustürgesprächen, suchen sie den Kontakt und bringen Probleme und Anliegen in Erfahrung. Bei Beratungsformaten oder Anlaufpunkten sollen diese dann kollektiv und politisch bearbeitet werden. Es ist der Versuch, eine kontinuierliche politische Arbeit und gelebte Solidarität in der Nachbarschaft zu etablieren.

Dass das leichter gesagt als getan ist, zeigt sich durch gezielte Nachfragen zu kontroversen Debatten aus der Basisarbeit. Vor allem das Verhältnis zwischen den Initiativkräften, die in allen Fällen überwiegend aus weißen linken Aktivist*innen mit akademischem Bildungshintergrund bestehen, und den Nachbar*innen, die meist arm und oft migrantisiert sind, ist immer wieder Thema. Offenbar schaffen es die Stadtteilgruppen nur selten, Nachbar*innen mit einem anderen sozialen Hintergrund langfristig fest einzubinden.

Zwischen Sozialarbeit und sozialer Revolution

Der Grund dafür ist nicht, dass sie sich nicht darum bemühen würden. Viele Nachbar*innen kämen mit konkreten Anliegen, bei denen sie sich Unterstützung durch die Initiativkräfte erhoffen. Mit dieser Erwartungshaltung zu brechen, zu erklären, keine Sozialarbeiter*innen zu sein und stattdessen die kollektive öffentliche Politisierung der Anliegen als erfolgsversprechenden Weg zu vermitteln, scheint das Schwierigste an der Basisarbeit zu sein. Deutlich schwieriger als etwa die Vermittlung antikapitalistischer Positionen, die viele Nachbar*innen bereits teilen.

Im Auswertungskapitel spricht das Autor*innenkollektiv diese Schwierigkeit ebenfalls an. Doch gemessen daran, dass es sich hierbei um ein maßgebliches Ziel der revolutionären Stadtteilarbeit handelt, könnte der Frage, wie damit umzugehen ist, mehr Raum gegeben werden. Muss weiter versucht werden, über konkrete Erfolge ein Gefühl von Handlungsfähigkeit herzustellen, um mehr Menschen langfristig zu binden, wie *Vogliamo tutto* in der Auswertung nahelegt? Oder ist der Weg von Hände weg vom Wedding vielversprechender, die durch ihre rätekommunistische Struktur von vornherein eine klarere Arbeitsteilung von Nachbarschaft und politischer Organisation verfolgen? Diese Fragen bleiben weitestgehend offen.

Es wird aber deutlich, dass mit revolutionärer Stadtteilarbeit tatsächlich konkrete Erfolge erzielt werden können. Konflikte im Stadtteil ohne die Polizei zu lösen, Nachbar*innen aufs Amt zu begleiten, sich gemeinsam Zwangsräumungen zu widersetzen oder gegenüber der Hausverwaltung geschlossen aufzutreten – das alles hat transformatives Potenzial und schafft Momente der Selbstermächtigung. Davon berichten auch die befragten Gruppen. Zwar sind die meisten von ihnen noch nicht besonders erfolgreich damit, die Überwindung des Kapitalismus als Fernziel anzugehen. Das liegt nicht nur an dem mäßigen Erfolg bei der Einbindung der Nachbarschaft, sondern auch an einer fehlenden überregionalen Organisation. Allein mit Nachbar*innen das direkte Gespräch zu suchen und sich mit ähnlichen Gruppen zu vernetzen, ist aber schon ein riesiger Schritt weg von der Bedeutungslosigkeit, in die sich sowohl die parlamentarische als auch die Bewegungslinke seit langem manövriert haben.

Stadtteilarbeit gegen Rechts?

Wo emanzipatorische Positionen nur aus der Defensive oder gar nicht mehr öffentlich stattfinden, ist das möglicherweise sogar die einzige Möglichkeit, als Linke handlungsfähig zu bleiben. Neben den bisher im Fokus stehenden Tätigkeitsfeldern Arbeits- und Mietkämpfe eignen sich deshalb sicherlich auch die sozial-ökologische Krise oder – vor allem in Ostdeutschland – die autoritäre Wende. Nachdem die autoritäre Rechte die Landtagswahlen gewonnen hat und die Brandmauern weiter bröckeln, reichen Großdemonstrationen nicht mehr aus. Jetzt kommt es darauf an, gegenseitige Hilfe zu organisieren. Nachbar*innen zum Amt begleiten, Schlafplätze für illegalisierte Geflüchtete organisieren, Abschiebungen verhindern, jüdische, migrantisierte und queere Nachbar*innen vor Angriffen schützen. Das klingt vielleicht dramatisch, ist aber das, worauf sich viele Menschen hier im Osten bereits vorbereiten. Auch in Ostdeutschland gibt es mittlerweile Gruppen, die dafür tatsächlich schon Strategien nutzen, wie die, die im Buch vorgestellt werden. So etwa die im Juni diesen Jahres gegründete Stadtteilgewerkschaft Lobeda Solidarisch aus Jena.

Leider sind alle für das Buch befragten Gruppen in westdeutschen Stadtteilen aktiv. Die Übertragung auf den ostdeutschen Kontext ist gar nicht so leicht. Hier ist die Bevölkerung zum Großteil anders zusammengesetzt, es gibt andere Probleme sowie stärkere gesellschaftliche Spaltungen und die Leute begegnen Gruppen, die sich selbst als sozialistisch bezeichnen, mit stärkerer Ablehnung. Es gibt also ein paar Leerstellen und Unklarheiten sowohl in der strategischen Debatte als auch in der Praxis und es sind neue Kämpfe dazugekommen. Vielleicht wäre es schon an der Zeit für eine neue Zwischenbilanz der revolutionären Stadtteilarbeit.

Vogliamo tutto (Hrsg.) 2024:

Revolutionäre Stadtteilarbeit. Zwischenbilanz einer strategischen Neuausrichtung linker Praxis. 2. Auflage.

Unrast Verlag, Münster.

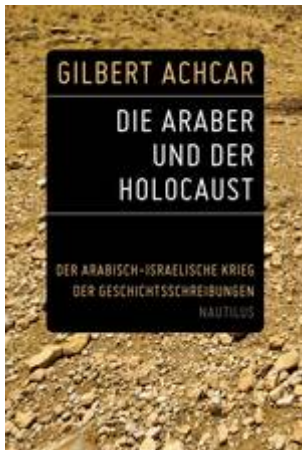
ISBN: 978-3-89771-184-6.

212 Seiten. 16,00 Euro.

Zitathinweis: Kilian Ziebarth: Die Revolutionär*innen aus der Nachbarschaft.

Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/iPT2X>.

Warum die Araber:innen keine Nazis sind



Gilbert Achcar

Die Araber und der Holocaust
Der arabisch-israelische Krieg der
Geschichtsschreibungen

Die Analyse der Holocaust-Rezeption im arabischen Raum wirft wichtige Fragen zu Antisemitismus und historischen Narrativen im Kontext des Nahostkonflikts auf.

Rezensiert von [Amina Tschopp](#)

Im Februar 2024 titelt das *ZEIT Magazin*: „Ich finde es nicht richtig, dass man sich nur auf den 7. Oktober fokussiert“. Auf dem Cover war eine junge Frau mit Kopftuch und Kuffiye (Palästina-Schal) um die Schultern zu sehen. Der Leitartikel „Unter uns Palästinensern“ thematisiert die Frage, was Palästinenser:innen über den 7. Oktober und über den Gaza-Krieg denken. Als Reaktion darauf postet Volker Beck, Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, scharfer pro-israelischer und antiarabischer Meinungsmacher und Grünen-Politiker, einen Tweet: Er ersetzt darin die palästinensische junge Frau auf dem Titelbild des *ZEIT Magazins* mit einem Bild von Adolf Hitler und dem Zitat „Ich finde es nicht richtig, dass man sich nur auf die Shoa fokussiert.“ Seine Message an die Zeit: „@DIEZEIT, der Mohammed Amin al-Husseini hat Euch wohl den Kopf verdreht?“

Der Vergleich von Palästinenser:innen wie auch Araber:innen generell mit Nazis unter dem Verweis auf Mohammed Amin al-Husseini als Nazifreund und Urvater des palästinensischen Antisemitismus hat insbesondere in der israelischen Staatspropaganda eine lange Tradition. Sie reicht bis in die Zeit kurz nach dem Zweiten Weltkrieg zurück. Doch wie stehen und standen die

Araber:innen – während der Shoa und danach während der Nakba (arab. „Katastrophe“) – zum Holocaust? Kann man den Antisemitismus in Europa und jenen im arabischen Raum vergleichen? Und sind es heute wirklich die Araber:innen, die – wie Volker Beck und andere behaupten – den Antisemitismus wieder nach Deutschland bringen?

Die arabische Holocaustdebatte

Gilbert Achcar, libanesisch-französischer Soziologe und Professor für internationale Beziehungen an der Universität London, geht diesen kontroversen Fragen nach und legt eine historische und kritische Aufarbeitung zur Holocaust-Rezeption im Kontext des palästinensisch-israelischen Konflikts seit dem Ersten Weltkrieg vor. Zunächst als Artikel angedacht, entstand ein eklektisches, nicht immer ganz einfach zu lesendes, an Zitaten reiches Werk. „Die Araber und der Holocaust – der arabisch-israelische Krieg der Geschichtsschreibungen“ wurde 2009 auf Französisch und 2011 auf Deutsch veröffentlicht. Man kann sich streiten, ob der Titel geschickt gewählt ist, denn ein zentrales Argument von Achcar ist, dass es nicht *die* Araber:innen beziehungsweise *die* arabische Perspektive gibt, sondern eine historisch sich verändernde Debatte um Israel und den Holocaust. Sie ist im arabischen Raum (von Marokko bis in den Irak) ebenso heterogen und umfangreich wie jene im Westen. Auf jeden Fall aber ist der Titel provokativ und trifft ins Herz des hiesigen anti-arabischen Ressentiments, das nach dem 7. Oktober 2023 noch einmal angeheizt wurde.

Achcars Buch wurde nach seiner Erstveröffentlichung durchaus kontrovers diskutiert. Auch jüdische und selbst zionistische Stimmen sahen darin einen wertvollen Beitrag zum Nahostkonflikt und diskutierten die Inhalte in Zeitungsbeiträgen und auf Panels. Eine wesentliche Dimension dieses Konflikts ist für Achcar der Krieg der Geschichtsschreibungen. Ein markanter Punkt, so der Soziologe, sei am Eichmann-Prozess 1961 festzumachen, bei dem Israel unter Ben Gurion das Ziel verfolgte, in der Berichterstattung um den Gerichtsprozess die Verbindungen von Nazis und arabischen Führern, insbesondere dem Großmufti Amin Al-Husseini, systematisch hervorzuheben. Die umliegenden arabischen Länder wurden so von Israel als Nazi-Kollaborateure und ihre politische Feindschaft gegenüber Israel als Antisemitismus dargestellt. Diese „Verpflanzung einer Realität (die der Nazis,

Anm. AT) in eine andere (die der arabischen Staaten, Anm. AT)“, so Achcar, löste damals in der arabischen Welt „tiefe Irritationen“ (S. 199f.) aus, habe sich aber über die Jahrzehnte verfestigt und ausgeweitet. Heute wird in der Propagandaschlacht um den Gaza-Krieg wild mit Nazi-Vergleichen um sich geworfen, auch seitens arabischer Akteur:innen.

Seit dem Massaker durch die Hamas vom 7. Oktober 2023 und dem anschließenden Genozid an den Palästinenser:innen durch das israelische Militär, hat auch der Krieg der Geschichtsschreibungen in den Räumen der UNO, der internationalen Gerichtshöfe (ICC, ICJ) und der internationalen Presse einen neuen Höhepunkt erreicht. Die Welt scheint in der Frage, ob Israel einen Genozid begeht, in einen Block westlicher imperialer Mächte und einen Block des globalen Südens samt internationaler Menschenrechtsorgane zu zerfallen. Im Herzen des Konflikts steht das Vermächtnis des Holocausts: Ist er noch ein Prüfstein für die Bewertung antisemitischer und rassistischer Gewalt oder ist er vielmehr zur propagandistischen Waffe in der Durchsetzung staatlicher Interessen geworden?

Der Krieg der Geschichtsschreibungen

Das israelische Narrativ: Israel ist aus der Asche des Holocausts entstanden und bietet den einzigen sicheren Ort für Jüdinnen und Juden. Wer diesem Projekt feindlich gegenüber steht, steht der Sicherheit der Juden und Jüdinnen feindlich gegenüber und ist Antisemit:in. Das gilt auch für den palästinensischen Widerstandskampf und die Anerkennung der Nakba als zentraler Ungerechtigkeit der palästinensischen Geschichte. Dieses Narrativ, so Achcar, basiere auf einem spezifischen, verallgemeinernden Bild „der Araber“, wonach ihnen eine gewisse Verantwortung für den Holocaust zukomme: Figuren in der arabischen Welt, wie eben Amin al Husseini, hätten demnach einen direkten Einfluss auf den Genozid an den Jüdinnen und Juden gehabt und hätten – aufgrund ihres Antisemitismus – die Existenz der Juden und Jüdinnen ebenso wie den staatlichen Zionismus bekämpft. Seit der Staatsgründung Israels 1948 spiele dieses Narrativ eine wichtige Rolle, um Geldgeber und Alliierte im Westen zu finden, um Israel als koloniales Siedlerprojekt zu rechtfertigen, argumentiert Achcar. Die Erzählung werde heute von westlichen Regierungen, allen voran in Deutschland, Großbritannien und den USA, geteilt.

Demgegenüber das arabische Narrativ: Der Holocaust ist eine der schlimmsten menschlichen Tragödien, die direkten Einfluss auf die palästinensische Gesellschaft hatte: durch die Staatsgründung Israels und die Nakba.

„Selbstverständlich war der Holocaust unvergleichlich grausamer und blutiger als die Nakba“, schreibt Achcar. Doch das „Zusammentreffen historischer Umstände war dafür verantwortlich, dass die jüdische Tragödie, die in der Shoa ihren traurigen Höhepunkt fand, ebenfalls in der palästinensischen Tragödie, der Nakba, kulminierte“ (S. 24). Während und nach dem ersten arabisch-israelischen Krieg 1948 wurden circa 700 000 palästinensische Araber:innen aus ihren Heimatorten in Flüchtlingslager vertrieben. Viele warten bis heute auf ihre Rückkehr. Deswegen sei, so Achcar, nicht nur für die palästinensische, sondern auch die arabische Geschichtsschreibung die Nakba zentral. Die Staatsgründung Israels, die damit einhergehende Vertreibung, Enteignung und Entrechtung der Palästinenser:innen führte zu weitreichenden politischen und sozialen Veränderungen im gesamten Nahen Osten. Vor allem der für Israel siegreiche Sechstagekrieg 1967, so der Autor, sei als ein zentraler Auslöser für das Erstarken eines arabischen Nationalismus und Motor arabischer Bemühungen zu begreifen, Israel – wirtschaftlich und militärisch – zu isolieren und zu bekämpfen.

Achcar geht es um einen Dialog zwischen den beiden antagonistischen Perspektiven im Krieg der Geschichtsschreibungen. Als arabischer und sozialistischer Intellektueller bemüht er sich dabei um das Sichtbarmachen und die kritische Aufarbeitung der palästinensischen und arabischen Perspektive im Nahostkonflikt. Dies ist für den deutschen Kontext zentral. Einem Kontext, indem die palästinensische – und auch die arabische – Perspektive zensiert und unterdrückt wird und so die Staatsräson, die dem israelischen Narrativ folgt, antiarabischem Rassismus in bedrohlichem Ausmaß zuträglich ist.

Wir müssen kontextualisieren!

Zur Zeit des Nationalsozialismus, so Achcar, ergriffen viele arabische Führer Partei für die Achsenmächte, angetrieben von antikolonialen Bestrebungen (gegen Frankreich und Großbritannien) und fasziniert von Hitlers Nationalismus. Dies änderte sich, als sich die Niederlage der Achsenmächte abzeichnete. Die Haltung vieler arabischer Führer entpuppte sich als

Opportunismus in ihren eigenen nationalistischen Bestrebungen. An Hitlers antisemitischer Rassentheorie, der zufolge sie selbst als Untermenschen gelten würden, seien sie damals nicht interessiert gewesen, so Achcar.

Er argumentiert weiter, dass sich der Antisemitismus Europas – der bereits im Mittelalter aufkam, in dessen Kontext die zionistische Bewegung zu sehen ist und der schließlich im Holocaust der Nazis gipfelte – strukturell vom Antisemitismus im arabischen Raum unterscheidet. Letzterer habe sich vor allem als Reaktion auf die Balfour-Erklärung 1917, mit der die Gründung einer „nationalen Heimstätte für das jüdische Volk“ auf dem Gebiet Palästinas beschlossen wurde, und dem staatlichen Zionismus entwickelt. Nach dem Zweiten Weltkrieg und insbesondere im Verlauf der 1950er Jahre kam es zum verstärkten Zuzug verschiedener jüdischer Bevölkerungsteile aus dem arabischen Raum nach Israel, etwa aus Regionen des ehemaligen Osmanischen Reichs. Zuvor koexistierten jüdische, muslimische und christliche Gemeinden. Die geografische und historische Kontextualisierung ist für Achcar die Bedingung dafür, um Antisemitismus – nicht nur – im arabischen Raum wie auch antiarabischen Rassismus in Europa (allen voran Deutschland) adäquat zu erkennen und zu bekämpfen.

Ein antirassistischer Beitrag zur Antisemitismus-Debatte

Für Achcar ist Israel ein „kolonialer Siedlerstaat europäischen Ursprungs“ (S. 32). Seine klare Haltung mag einige Gemüter provozieren, schafft aber Transparenz. Vor allem, weil sich Achcar konsequent gegen jede Form der ethnozentrisch geführten Diskussion („die Juden“ oder „die Araber“) wehrt. Er schafft dies, indem er politische Strömungen, Ideen und Aussagen in ihren politisch-historischen Kontext und in Dynamiken zwischen West und Ost einbettet. Achcar weist die Annahme zurück, dass der Palästina-Konflikt das Resultat von einem immer schon im arabischen Raum vorherrschenden Antisemitismus sei, auf den es nur die Antwort eines starken militarisierten israelischen Staates gebe. Nimmt man hingegen an, so Achcar, dass der arabische Antisemitismus vor allem ein Effekt dieses Konflikts ist, dann gibt es Auswege aus ihm und Auswege aus dem Antisemitismus.

Achcar verurteilt jede Form von Antisemitismus. Als historischer Materialist ist er für ihn aber nur dann überwindbar, wenn man ihn historisch kontextualisiert. Dann geht es nicht mehr um essentialistische Vorstellungen von Kulturen und Identitäten, sondern um ein Resultat von historisch-politischen Projekten, die zu bestimmten ideologischen Perspektiven führen. Dafür zu argumentieren ist eine zentrale Funktion des Buches. Nur so ist für ihn ein Dialog zwischen der palästinensischen und der israelischen Perspektive möglich. Noch aufschlussreicher wäre es allerdings gewesen, wenn Achcar – gerade als sozialistischer Denker – Israel auch in Begriffen der kapitalistischen Ausbeutung und Klassenverhältnisse analysiert hätte. Denn darin liegt die tatsächliche Alternative zur ethnozentrischen und oft moralisch geführten Debatte seit dem 7. Oktober 2023.

Der Antisemitismus eines Volker Beck

Achcars breit angelegter ideengeschichtlicher Überblick der arabischen Reaktionen auf die Nazis, die zionistische Bewegung und die Staatsgründung Israels bleibt aufgrund der Fülle an Material teils fragmentarisch, etwa bei der Einordnung der Antisemitismusdebatte in der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). An vielen Stellen argumentiert Achcar mit Zitaten, es hätte dem Buch jedoch gutgetan, stattdessen klarere Einordnungen des Autors selbst zu erhalten. Ungeachtet dessen liefert die Studie aber ein entscheidendes und dringendes Deutungsangebot für die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus im arabischen Raum und einer hierzulande einseitig geführten Debatte.

Wer sich für den Nahost-Konflikt interessiert und bemüht darum ist, sich differenziert mit dem Vermächtnis des Holocausts und der Rolle Israels dabei auseinanderzusetzen, sollte dieses Buch auf jeden Fall lesen. Es verdeutlicht, dass der Antisemitismus, der heute vor allem bei Araber:innen und Muslim:innen verortet wird, eine lange europäisch-westliche Vorgeschichte hat. Die einseitige Projektion des Antisemitismus auf Araber:innen dient in Deutschland nicht zuletzt dazu, antisemitische Untertöne eines Volker Beck zu überhören. Indem dieser nämlich jede Form von Kritik gegenüber Israel als antisemitisch erklärt, greift er selbst die Vielfalt jüdischer Perspektiven auf den Nahostkonflikt an. Er stellt sich damit in die Reihe jener nicht-jüdischen

Deutschen, die zu wissen meinen, wer auf der Welt als ein richtiger Jude*, eine richtige Jüdin* zählt – und wer nicht.

Gilbert Achcar 2012:

Die Araber und der Holocaust. Der arabisch-israelische Krieg der
Geschichtsschreibungen. Übersetzt von: Sophia Deeg und Birgit Althaler.

Edition Nautilus, Hamburg.

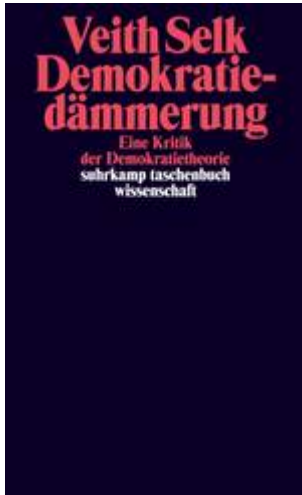
ISBN: 978-3-89401-758-3.

368 Seiten. 25,00 Euro.

Zitathinweis: Amina Tschopp: Warum die Araber:innen keine Nazis sind.

Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/Yg8xc>.

Demokratie, lebe wohl!



Veith Selk

Demokratiedämmerung
Eine Kritik der Demokratietheorie

Die Demokratie scheitert an sich selbst und auch die Demokratietheorie kennt keinen Ausweg aus der politischen Dauerkrise.

Rezensiert von [Thore Freitag](#)

Einem Märchen gleich heißt es oft, mit der Demokratie seien wir in der bestmöglichen Form politischer Herrschaft angelangt. Spätestens mit dem Untergang des staatssozialistischen Konkurrenten sei dies bewiesen. Wir sind nun alle da, wo wir sein sollen: in einer liberalen Demokratie, als freie und gleiche Bürger*innen. Das Ende der Geschichte wird besungen: „Und wenn sie nicht gestorben ist, reagiert die Demokratie noch heute.“ Manch ein*e Kritiker*in versteht diesen märchenhaften Schlusssatz wohl eher als tragisch oder gar bedrohend. Dem vielzitierten Ausspruch Antonio Gramscis zum Interregnum entsprechend, ist die Demokratie mehr alt als lebendig, sie steht ihrer Erneuerung selbst im Weg. Sie ist von ihren eigenen Ansprüchen, Ideen und den vielfachen Krisen überfordert und stellt sich selbst ins Abseits. So macht die Demokratie schlussendlich immer mehr Versprechungen, von denen sie immer weniger einlösen kann.

Es stimmt: Vielem wird sie nicht gerecht. So frei und gleich sind wir immer noch nicht. Soziale, ökonomische, politische wie auch ökologische Missstände und Ungleichheiten nehmen weiter zu statt ab. Die stets als Problemlöserin für alles heranzitierte Demokratie wird zunehmend selbst zum Problem. Im Zuge dessen frustrieren auch die Menschen an ihr und lösen sich aus dem demokratisch-ideologischen Zwangskorsett der Demokratie. Begriffe wie

„Demokratiemüdigkeit“ oder „Politikfrust“ sind jedenfalls – in Anbetracht der Problem- und Bedrohungslage, vor der wir hierzulande wie global stehen – milde Umschreibungen der Stimmungslage.

Die Geschichte endet nicht, jedoch die Demokratie

Der Politikwissenschaftler Veith Selk würde aus einer demokratiethoretischen Sicht der gramscianischen Analyse sicher zustimmen. In „Demokratiedämmerung“, seiner jüngst veröffentlichten Habilitationsschrift, malt auch er die demokratische Szenerie in einem nicht gerade rosigen Licht. Das Buch ist das Kondensat seiner breit angelegten Studie nicht nur zur derzeitigen Krise der vor allem westlichen Demokratien, sondern auch zur „Paradigmakrise demokratischer Theorie und Praxis“, so der ursprüngliche Untertitel der Schrift. Selk versucht hier demokratiethoretisch auf einen Nenner zu bringen, was in vielen Aufsätzen womöglich bereits angemahnt wurde, sich aber nun verstärkt als gesellschaftliche Stimmung äußert. Und das gelingt ihm, analytisch kühl und äußerst profund. Selk legt uns eine Dekonstruktion der Demokratie vor, die Tabula rasa macht mit immer noch verbreiteten und politisch wirkmächtigen Vorstellungen und Ideen zum Zustand der herrschenden Demokratie.

Für manch eine*n Leser*in mag dieses Theoriebuch schwer zu verdauen sein. Nicht nur sind es Selks Schachtelsätze und kantigen Wortkonstruktionen, es ist insbesondere der Gehalt, der auf den Magen schlägt. Denn aus der Sicht Selks befindet sich die Demokratie nicht bloß in einer unüberwindbaren Krise, sondern in einer Phase der Rückbildung. Neue politische Subjektivierungsweisen und veränderte institutionelle Rahmenbedingungen setzen dem Grundgerüst demokratischer Herrschaft zu. Es wird zunehmend instabil. Bruchstellen sind dabei

„die Politisierung der Gesellschaft, die Zunahme politischer Komplexität und Differenzierung, die Entstehung einer Kognitionsasymmetrie in der Bürgerschaft sowie das Ende des politökonomischen Befriedungsmodells des demokratischen Kapitalismus“ (S. 24).

Allesamt sind die Bruchstellen Resultate und Schauplätze eines andauernden Modernisierungsprozesses, der laut Selk ein „fatales evolutionäres Risiko“ (S. 21) für die Demokratie mit sich bringe. Denn es gebe kaum Belege dafür, „dass sich die Probleme der fortschreitenden Modernisierung im Rahmen liberal-demokratischer Regime lösen ließen“ (S. 10). Der Prozess der „Devolution“ (S. 11) der Demokratie – und das ist die pessimistische These des ganzen Buchs – entzieht sich Maßnahmen zur Stabilisierung oder Re-Demokratisierung. Vielmehr ist es die Rechte, die derzeit ein Politisierungs- und Hegemonieprojekt inmitten einer als elitär, ungerecht und ungleich wahrgenommenen Demokratie anführt. Mit ihrer retrodemokratischen Politik möchte sie die Zeit zurückdrehen.

Das alte Eisen Demokratietheorie

Ein noch düsteres Bild wird inmitten der „Demokratiedämmerung“ gezeichnet, wenn auch die Theoriebildung um die Demokratie an ihre Grenzen stößt. Wenn sich das, was ihren Begriffsbestand und ihre reflexive Instanz darstellen, ebenso im Niedergang befindet. Selk stellt nämlich den verschiedenen Ansätzen der Demokratietheorie, ob liberaler, deliberativer oder radikaler Prägung, ein vernichtendes Zeugnis aus: „Die Demokratie ist, in Theorie *und* Praxis, alt geworden“ (S. 248, Herv. i.O.). Mit der Rückbildung der Demokratie lösen sich die Bindung der Theorie an die Realität und damit auch die Bedingungen ihrer Behauptbarkeit auf. Womöglich erinnern die Theorien die Demokratie noch an sich selbst und stellen neue Begriffsgerüste oder Ansätze demokratischer Praxis zur Diskussion, doch sie müssen dabei scheitern. Viele Paradigmen, die beispielsweise die deliberative Demokratietheorie anstellt, geraten laut Selk zunehmend ins Wanken. Das Theoriekonstrukt der beratenden Demokratie wird also instabil und die deliberative demokratische Praxis erscheint unmöglich. Keine Demokratietheorie also ohne demokratische Praxis, die ihren selbstgestellten Ansprüchen gerecht wird. Die Demokratietheorien seien nunmehr unzeitig und laufen ins Leere, urteilt Selk.

Eine Ratlosigkeit und auch eine Selbstgenügsamkeit lässt sich der Theoriebildung sicher bescheinigen. Eine steigende Zahl von Theoriemixturen kaschiert mit ihren Begriffsneuschöpfungen und Demokratisierungsaufforderungen nur die Brüchigkeit der Grundannahme, aber löst nicht das Problem. Der Demokratietheorie aber ihren Niedergang vorherzusagen, ist dann vielleicht

doch nicht ganz zutreffend. Denn Selks dekonstruierendes Buch ist selbst ein gutes Gegenbeispiel zur begrifflichen Unschärfe der Theorie. Zum Ende seiner Schrift – wie am Ende der Dämmerung – zeigt er selbst noch einen kleinen Möglichkeitsraum auf: Die Demokratietheorie müsse die Devolutionsanalyse in sich aufnehmen und eine kritische Perspektive erarbeiten. Solange sie dies nicht tue, lebe sie nicht nur bloß dahin. Sie bildet ebenso „eine legitimationswissenschaftliche Stütze derjenigen politischen Regime, in denen sie institutionalisiert ist und praktiziert wird“ (S. 319). Sie wird zum ideologischen Zwangskorsett.

Selk macht also vor, wie es gehen kann. „Demokratiedämmerung“ ist eine der aufschlussreicheren Analysen, die jüngst aus der Politikwissenschaft vorgebracht wurden. Dem Buch wurden selbst schon prophetische Eigenschaften im Hinblick auf den Niedergang der Demokratie zugesprochen. Denn Selk wagt hier, was in den demokratischen Legitimationsdiskursen nicht zu finden ist: das Ende der Demokratie denken. Wogegen er sich jedoch prinzipiell verschließt, ist die Erforschung von Möglichkeitsbedingungen demokratischer Revitalisierung. Selk geht nicht wie manch*e Demokratietheoretiker*in auf die Suche nach der Zukunft innerhalb der Demokratie. Es ist bedeutsam, wer diesen Wandlungsprozess der Demokratie mitgestaltet. Ob es sich in Zukunft um ein neues liberal-elitäres Herrschaftsprojekt, einen rechten Autoritarismus oder ein linkes Transformationsprojekt handeln wird, ist offen. Die Demokratie in ihrer liberalen Form und damit all ihre Probleme auf Dauer zu stellen, kann verhängnisvoll sein. Ihr Untergang wäre dann womöglich auch bloß das Ende der Demokratie, wie wir sie kennen.

Veith Selk 2024:

Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie.

Suhrkamp Verlag, Berlin.

ISBN: 978-3-518-30017-6.

336 Seiten. 23,00 Euro.

Zitathinweis: Thore Freitag: Demokratie, lebe wohl! Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/4iFuj>.

Wichtiger Lückenfüller



Rashid Khalidi

Der Hundertjährige Krieg um Palästina
Eine Geschichte von Siedlerkolonialismus und
Widerstand

Dieser wichtige und überfällige Beitrag zum deutschen Palästina-Diskurs verbindet historische Analyse und persönliche Perspektive.

Rezensiert von [Leon Wystrychowski](#)

2020 erschien Rashid Khalidis Buch „The Hundred Years' War on Palestine“ im englischen Original. Genau einhundert Jahre war es damals her, dass der Völkerbund – der Vorläufer der UNO, der fast ausschließlich aus Kolonialmächten bestand – die britische Kolonialherrschaft über Palästina bestätigte. Drei Jahre zuvor hatte London der zionistischen Bewegung in der Balfour-Deklaration eine „jüdische Heimstätte“ in dem kleinen Land zwischen Jordan und Mittelmeer versprochen. Der Völkerbund übernahm diese Zusage und schrieb sie in Großbritanniens Mandat über Palästina fest. Damit wurde dem palästinensischen Volk erstmals durch eine imperialistische Großmacht und abgesegnet durch die selbsternannte Weltgemeinschaft offiziell ein Recht auf die eigene Heimat abgesprochen.

Eine Kriegserklärung nach der anderen

Für Khalidi war dies die erste von insgesamt sechs „Kriegserklärungen“, wie er sie nennt. Die zweite kam 1947 mit dem UN-Teilungsplan, welcher die Nakba – die ethnische Säuberung, der bis 1949 rund 800.000 PalästinenserInnen zum Opfer fielen – auslöste und die in den Augen vieler BeobachterInnen wie auch der meisten PalästinenserInnen bis heute anhält. Die dritte

Kriegserklärung folgte 1967, als die USA zunächst Israel grünes Licht für den Überfall auf seine arabischen Nachbarländer und die Eroberung ganz Palästinas gab. Anschließend setzten sie im UN-Sicherheitsrat die Resolution 242 durch, die es Israel bis heute ermöglicht, die Besetzung der Westbank und des Gazastreifens sowie der syrischen Golanhöhen und der libanesischen Shebaa-Farmen mit seinen Sicherheitsinteressen zu begründen. Auch die vierte Kriegserklärung stammt von Seiten der USA, die 1982 Israels Invasion im Libanon im Vorhinein absegneten und den israelischen Kurs nach der Zerstörung Beiruts und den Massakern von Sabra und Shatila weiterhin unterstützten. Als fünfte Kriegserklärung wertet Khalidi die Vorbereitungen und schließlich die Umsetzung der Osloer Verträge im Zeitraum vom Beginn der Ersten Intifada 1985 bis Unterzeichnung von Oslo II im Jahre 1995 durch die USA und Israel. Die Besonderheit lag jedoch, wie Khalidi betont, darin, dass „sich die palästinensischen Führer dieses Mal auf eine Komplizenschaft ein(ließen)“ (S. 248). Denn mit diesen Verträgen sagte sich die PLO-Führung vom bewaffneten Widerstand los und erkannte Israel als Staat an, ohne dafür verbindliche Zugeständnisse zu erhalten. Vielmehr intensivierten sich seither Besatzung und Landraub in den 67er-Gebieten.

Die bislang letzte Kriegserklärung fällt in den Zeitraum 2000 mit dem Beginn der Zweiten Intifada bis 2014, dem dritten Gaza-Krieg, genauer: in die Jahre 2006/07. Damals gewann die Hamas die Wahlen in den 1967 besetzten Gebieten. Die USA und Israel sabotierten daraufhin die Koalitionsverhandlungen zwischen Fatah und Hamas, belegten Letztere mit Sanktionen und forcierten einen Putsch gegen sie im Gazastreifen – der jedoch scheitern sollte. Nach dem „Gegenputsch“ (S. 265) der Hamas verhängten Israel und die USA eine vollständige Blockade über Gaza. Anschließend überzog Tel Aviv dieses „Freiluftgefängnis“ (S. 266) in den Jahren 2008/09, 2012 und 2014 immer wieder mit Angriffen. Khalidi sieht diese wiederholten israelischen Eingriffe als Offensiven in einem einzigen „permanente(n) Krieg gegen den Gazastreifen“. (S. 261)

Offen bleibt, ob Khalidi auch die aktuelle Gewalt und die anhaltende Unterstützung der USA für Israel als eine neue, siebte Kriegserklärung wertet. Neu an der aktuellen Lage ist in jedem Fall, dass die PalästinenserInnen derzeit direkte militärische Unterstützung verschiedener internationaler Akteure erhalten, und dass es mit der Westbank, dem Südlibanon/Nordisrael

und dem Roten Meer neben dem Gazastreifen weitere Fronten gibt. Weniger neu ist die genozidale Gewalt, mit der Israel seit mittlerweile einem Jahr in Gaza wütet. Auch wenn in diesem Zeitraum bereits mehr Menschen in Palästina getötet und auch mehr aus ihren Häusern vertrieben wurden als während irgendeiner anderen Phase dieses hundertjährigen Krieges, wie Khalidi in seinem Nachwort für die deutsche Ausgabe betont.

Klar ist: Der Autor sieht den aktuellen Genozid als „eine der grausamsten Phasen dieses langen Krieges“ (S. 309) und betont, dass man sowohl den Angriff vom 7. Oktober als auch den darauffolgenden israelischen Vernichtungskrieg „nur im Kontext des Jahrhundertkriegs um Palästina“ (S. 310) verstehen kann. Weder das eine noch das andere stehe „außerhalb der Geschichte“ (ebd.).

Neue Allianzen

Khalidi tut gar nicht erst so, als spreche er von einem neutralen Standpunkt aus. Ebenso wenig versucht er, „einen umfassenden Überblick über die palästinensische Geschichte“ (S. 23) zu geben. Er hat auch keine „Leidensgeschichte“ verfasst, sondern ein Buch, das die palästinensische „Widerstandsfähigkeit widerspiegelt“ (S. 24). Der 1948 in New York geborene Historiker, der aus einer zur traditionellen palästinensischen Elite gehörenden Familie stammt, selbst politisch aktiv ist und unter anderem während des Libanon-Kriegs 1982 in Beirut gelebt hat, bezieht neben wissenschaftlicher Literatur und Archivquellen immer wieder eigene Erlebnisse, mündliche Berichte sowie private Quellen heran.

Mit seiner Meinung hält er nicht hinterm Berg, gerade auch was die palästinensische und arabische Seite angeht: Seine politische und moralische Kritik trifft gleichermaßen palästinensische Organisationen (darunter Fatah, PLO, PFLP, Hamas und Islamischen Jihad) und Persönlichkeiten (vor allem Arafat, Abu Nidal und Abbas) wie arabische Regierungen (insbesondere Jordanien, Ägypten, Syrien, Irak und Saudi-Arabien).

Sowohl Hamas als auch Fatah wirft er vor, „ideologisch bankrott“ (S. 303) zu sein: Weder der bewaffnete Kampf noch die Hoffnung in die USA als „ehrlichem Makler“ hätten in den letzten Jahrzehnten Erfolge gebracht.

Dennoch hält er eine Aussöhnung beider Parteien für notwendig. Allerdings betont Khalidi in seinem Nachwort vom März 2024 auch, dass die Hamas nicht vernichtet werden könne und das Konzept „vom bewaffneten Kampf wohl kaum verschwinden“ werde, „solange keine Perspektive für ein Ende der militärischen Besetzung, Kolonisierung und Unterdrückung des palästinensischen Volkes auftaucht“ (S. 317). Der Palästinensischen Autonomiebehörde unter dem autokratischen Regime der Fatah-Führung attestiert er zugleich, „keinerlei Legitimation mehr“ zu haben und von der palästinensischen Bevölkerung „als Erfüllungsgehilfin der verhassten israelischen Besatzungsmacht verachtet“ (S. 318) zu werden.

Für ihn steht außer Frage, dass die Osloer Abkommen verworfen werden müssen. Seine Hoffnung setzt er dabei in studentischen Aktivismus und in die weltweite BDS-Bewegung. Statt in den USA müssten die PalästinenserInnen Unterstützung außerdem „in Europa, Russland, Indien, China, Brasilien und den blockfreien Staaten“ (S. 304) suchen. Entsprechend positiv sieht er in diesem Zusammenhang den Aufstieg Chinas und Indiens.

Publizistische Lücken

Es gibt durchaus gute Einführungen und Überblickswerke zum Palästinakonflikt, auch auf Deutsch. Allerdings ist es bezeichnend, dass zwar die meisten der so genannten Neuen israelischen HistorikerInnen, wie Simha Flapan, Baruch Kimmerling, Ilan Pappé, Shlomo Sand, Tom Segev, Idith Zertal und der mittlerweile rechtsgewendete Benny Morris ins Deutsche übersetzt wurden; Avi Shlaim fehlt bisher leider. Während man palästinensische AutorInnen kaum auf dem deutschsprachigen Büchermarkt antrifft. Wenn, dann handelt es sich meist nicht um HistorikerInnen oder GesellschaftswissenschaftlerInnen, sondern um LiteratInnen wie Ghassan Kanafani, Mahmud Darwish und Adania Shibli oder LiteraturwissenschaftlerInnen wie Edward Said. Tatsächlich wurden die meisten deutschsprachigen Monografien zum Thema Palästina, die aus den Federn palästinensischer AutorInnen stammen, in den 1970er und 80er Jahren verlegt. Wichtige Ausnahmen bilden Khaled Hroubs „Hamis“, das 2010 übersetzt wurde, Aref Hajjajs „Ein Land ohne Hoffnung?“ aus dem Jahr 2017 und ganz frisch Raja Shehadehs „Was befürchtet Israel von Palästina?“

Diese Leerstelle kann nicht darauf zurückgeführt werden, dass es nicht genügend palästinensische HistorikerInnen gäbe, und auch nicht auf einen Mangel an Arabisch-ÜbersetzerInnen: Denn allein Khalidi hat neben dem hier vorgestellten Buch ein halbes Dutzend weitere Monografien auf Englisch veröffentlicht und mehrere Sammelbände herausgegeben.

Ilan Pappé stellt im Vorwort seiner 2006 erstmals veröffentlichten Untersuchung „Die ethnische Säuberung Palästinas“ klar, dass die meisten der von ihm geschilderten Fakten über die Nakba von 1947 bis 1949 zuvor bereits vielfach von palästinensischen AutorInnen zusammengetragen und bekannt gemacht worden waren. Sie wurden allerdings in Israel ignoriert beziehungsweise übertönt. Was Pappé damals mit Blick auf Israel beschrieb, gilt letztlich auch für Deutschland – bis heute. Daher entbehrt es nicht einer gewissen bitteren Ironie, wenn man bei Khalidi liest, die PalästinenserInnen hätten mit dem Wiedererstarken ihrer Nationalbewegung nach 1967 auch die von Edward Said so genannte „Erlaubnis zum Erzählen“ (S. 144) ihrer eigenen Geschichte errungen. Gerade in Deutschland gilt diese Erlaubnis heute weniger denn je.

Das Buch ist allein deshalb lesenswert, weil endlich wieder ein palästinensischer Autor und Wissenschaftler ohne Zensur, Distanzierungs- oder Rechtfertigungsdruck zu Wort kommen kann. Khalidis Buch eignet sich sowohl als Einstieg ins Thema, wartet aber auch mit Details, Hinweisen und Meinungen auf, die für LeserInnen mit Vorwissen interessant sind. Die persönlichen Anekdoten des Autors lockern die ansonsten sehr dichte Aneinanderreihung historischer Darstellungen, Ausführungen und Argumentationen auf.

Rashid Khalidi 2024:

Der Hundertjährige Krieg um Palästina. Eine Geschichte von Siedlerkolonialismus und Widerstand. Übersetzt von: Lucien Leitess.

Unionsverlag, Zürich.

ISBN: 978-3-293-00603-4.

384 Seiten. 26,80 Euro.

Zitathinweis: Leon Wystrychowski: Wichtiger Lückenfüller. Erschienen in: .

URL: <https://kritisch-lesen.de/s/RhAXv>.

Dorfidyll und Massenmord



Peter Kern

Dorfansicht mit Nazis

Die autobiografisch durchdrungene Erzählung verbindet eine Kindheit und Jugend in einem pfälzischen Dorf in den 1970er Jahren mit der Geschichte der Shoah.

Rezensiert von [Peter Nowak](#)

„Ab in die Kaschee“, die Kinder sollten zu Bett gehen. Vater hatte zu Ende erzählt. Seine Kaschee stand unter der Dachschräge, sein Gitterbett“ (S. 9).

Mit diesen Sätzen führt uns Peter Kern in das pfälzische Rodalben, in dem er mit seinem Bruder und vielen Verwandten seine Kindheit und Jugend verbrachte. „Die Kinder des Dorfs kannten drei Feste im Jahr, eins schöner als das andere: Kirmes, Karneval und Silvester“ (S. 15). Kern führt die Leser*innen mit seiner anschaulichen Erzählweise in eine Welt, in der das Schlachten der Schweine ein Ereignis ist, an dem das ganze Dorf Anteil nimmt und die Kirche das Leben der Menschen wesentlich bestimmt. Um zu wissen, wie spät es ist, brauchte man nur die Glockenschläge der Kirche zu zählen, die alle hören konnten oder mussten. Aber die Kirche bestimmte auch die Psyche der Menschen.

„Vor Ostern mussten alle Sünden noch raus. Das schwarze Gesangbuch wies vorne den Beichtspiegel auf. Ein Beichtspiegel, der hält einem den Spiegel vor. Dort las das Kind, woran es vielleicht nicht gedacht hätte, bevor es Samstagsnachmittag in den dunklen Beichtstuhl trat“ (S. 25).

Hier erweist sich Kern als guter Erzähler, der allein mit der Erwähnung der Farbe des Beichtstuhls noch einmal deutlich macht, dass es sich hier um ein

Herrschaftsinstrument handelte, vor dem die Menschen Angst hatten. Peter Kern lässt auf knapp der Hälfte des Buches teilhaben, wie aus Peterle, dem Kind Peter, der Junge wurde, dessen Welt sich bald nicht mehr um den Kirchturm und den Beichtstuhl drehen sollte.

Aus der Familie herauswachsen

„Lange Haare – kurzer Verstand“ ist das Kapitel überschrieben, das der belesene Autor noch mit einem passenden Augustinus-Zitat einleitet: „So gelangte ich denn auf der Wanderung von der Kindheit zur Gegenwart ins Knabenalter, oder vielmehr, es kam zu mir und folgte auf die Kindheit“ (S. 78). Mit den langen Haaren des älteren Bruders fing es an. Der unfreiwillige Internataufenthalt des Jungen kam hinzu und weckte seine Unzufriedenheit, auch mit den patriarchalen Verhältnissen in der Familie. Der Heranwachsende nahm sich ein Vorbild am größeren Bruder, der nicht nur mit den langen Haaren anzeigte, dass er mit der Gegenkultur sympathisierte. Er hatte Freund*innen in der größeren Stadt. Er lehnte den Vietnamkrieg ebenso ab wie die Bundeswehr, das waren alles Themen, über die zuvor nicht am familären Küchentisch gesprochen wurde. Bald wurde ihm Rodalben zu eng. „Der Junge hatte Heimweh, aber durfte er in die Ferien, fuhr er mit der Bahn zu seinem nun in Freiburg studierenden großen Bruder“ (S. 81). Dort lernte der Junge eine Welt kennen, in der es keinen Beichtstuhl und keine Kirchenglocken gab. In der studentischen Wohngemeinschaft des Bruders war scheinbar alles erlaubt, was in Rodalben verboten war. Für den Jugendlichen war es eine neue Welt. „Überall durfte er mit. Es war kein Dürfen und kein Um-Erlaubnis-Fragen, er trank, er rauchte, er spielte 66 einfach mit. Nur mitdiskutieren ging nicht“ (ebd.). Doch das sollte sich bald ändern. Durch die Besuche in Freiburg sah der Junge bald das Dorf- und Familienleben in neuem Licht:

„Der Junge teilte die Meinung des Bruders über das Weihnachtsgebäck und die Familienmitglieder. Der Vater sei ein alter, kranker, von seiner Frau tyrannisierter Mann, die Mutter ein herrschsüchtiger Drache, der den Katholizismus ihrer Familie mit Löffeln gefressen habe, die Schwester ein ihr gehorchendes braves Mäuschen, der Bruder Werner ein mit seinem Straßenkreuzer angebender Kapitalist, dozierte der große Bruder“ (S. 83).

Da konnten Konflikte nicht ausbleiben. Bald forderte die Mutter, dass sich der Junge, der bei der Haarlänge mit seinem älteren Bruder konkurrierte, nur noch in der Küche aufhalten sollte, wenn die Verwandtschaft zu Besuch kam.

Die Entdeckung der Genossen

In den folgenden Kapiteln beschreibt Kern, wie ein junger Mensch im pfälzischen Dorf in den späten 1960er Jahren Marx und den Republikanischen Club in der nächsten Stadt kennenlernte. „Der Junge brachte schon bald ein ganzes Jahr auf der neuen Schule zu, da machte er eine beglückende Entdeckung. Neben all den Spießern und Angepassten gab es Genossen“ (S. 96).

Bald musste der Junge aber erkennen, dass auch Genoss*innen Spießler*innen sein können. Dann ist er schon zum Mann geworden, wie er im Buch fortan nur noch genannt wird. Diese Entwicklung beschreibt Kern sehr dicht mit viel Humor und Selbstkritik. Sie endet in dem Buch mit dem Studienbeginn. Wie da aus den jungen Marxisten der sozialistische Gewerkschafter Peter Kern wurde, erfahren wir nicht. Wir können nur ahnen, dass er manche seiner linken Gewissheiten der Jugendjahre verloren hat.

30 Jahre später kommt der Mann wieder zurück nach Karlsruhe in eine in manchen Dingen völlig veränderte politische Landschaft. Die Mauer war gefallen und Helmut Kohl war mittlerweile viele Jahre Kanzler. Wir befinden uns in den 1990er Jahren.

„In Solingen starb eine vierköpfige türkische Familie, weil Neonazis nachts ihr Haus anzündeten, und Karadzic, Milosevic und Mladic begingen Völkermord, während eine Linke ihren Pazifismus entdeckte und gegen die Nato protestierte, welche die Massenmorde verhindern sollte.“ (S. 160)

In diesen Sätzen zeigt sich, dass der Mann manche linke Positionen seiner Jugendjahre hinter sich gelassen hat. Man möchte ihn fragen, warum diese Einseitigkeit bei der Beurteilung des Jugoslawienkonflikts. Doch darauf geht Kern nicht weiter ein.

Geschichte des pfälzischen Judentums

Der zweite Teil des Buches wird zu einer „autobiographisch gerahmten Studie, die in authentisch geschilderte Spuren über einen weitgehend vergessenen Personenkreis der nationalsozialistischen Gewaltpolitik informiert: das pfälzische Landjudentum“, wie der Sozialwissenschaftler Michael Brumlik im Klappentext schreibt. Dabei konnte Kern auf die Arbeit von Peter Conrad zurückgreifen, der seit Jahren die Geschichte der Juden in Rodalben erforscht, sich um die Verlegung von Stolpersteinen kümmert und Spaziergänge zu Orten jüdischen Lebens in dem Ort organisiert.

Am Anfang der Beschäftigung mit der Geschichte der Jüdinnen und Juden stand eine Frage, die den politisch aktiven jungen Peter Kern umtrieb. War Tante Antoinette, an die er viele Kindheitserinnerungen hatte, etwa an der Verfolgung der Juden in Rodalben beteiligt? Der Verdacht entstand, weil in ihrem Haus in der Nazizeit der berüchtigte Gauleiter Josef Bürckel jüdische Familien eingepfercht hatte, bevor sie in die Vernichtungslager abtransportiert wurden. Bei seiner Recherche stellt sich heraus, dass Tante Antoinette damit nichts zu tun hatte und das Haus viel später kaufte. Aber bei Kern war Interesse an der Geschichte der jüdischen Bevölkerung in der Region bis ins 19. Jahrhundert geweckt.

So zeichnet er die Biographie von Julius Moses nach, eines einige Jahre in Rodalben praktizierenden Arztes, dessen Name in den Kalenderblättern, einer Art Dorfchronik, nicht erwähnt wird. Dabei hatte sich Julius Moses, der ein Freund von Theodor Herzl war, auf dem Gebiet der Kinderpsychologie einen Namen gemacht. Weil er noch rechtzeitig nach Tel Aviv ausreisen konnte, blieb er von der NS-Vernichtungspolitik verschont. In hohem Alter erinnerte er sich in seinen letzten Texten an sein Leben in Rodalben zurück. Auch an Ludwig Samuel erinnert Kern in seinem Buch. Der Kaufmann gehörte zu den Honoratioren des Dorfes, saß im Vorstand des Synagogenrats, war Mäzen des Krankenhauses und warnte frühzeitig vor dem Aufstieg der Nazis. Nachdem sie an der Macht waren, wurde er von der Gestapo in Neustadt verhört und wie ein Verbrecher behandelt. 1939 gelang ihm und seiner Frau in letzter Minute die Flucht. 1946 besuchte er noch einmal Rodalben. „Sein Sohn Fritz spricht von der Verbitterung seines Vaters. Den macht man zum Ehrenbürger des Dorfs, aber sein Eigentum ist unwiderruflich den Herren Bernd und Knecht vermacht“ (S. 203), so beschreibt Kern, wie die Profiteure der

Arisierung im Dorf auch 1945 vom geraubten Besitz profitierten. Ergreifend ist auch das Kapitel über Gustav Samuel, Ludwigs Bruder, der nach seiner Ausreise in die USA verarmt und in einem Briefwechsel an die Nazi-Behörden vergeblich um die Auszahlung seines eingezogenen Sparguthabens bittet.

Von hohem historischen Interesse ist auch ein Briefwechsel der NS-Täter, den Kern in seinen Buch erstmals publik macht. Es geht um die jüdische Familie Metzger aus Rodalben, die nach der Arisierung ihres Eigentums bei Verwandten in der Nähe von Göppingen Zuflucht gefunden hatte. Der dortige NSDAP-Bürgermeister wollte sie wieder loswerden und geriet darüber mit seinem pfälzischen Amtsbruder in einen heftigen Streit, der sogar das Innenministerium von Württemberg und die Kreisverwaltung der NSDAP beschäftigte. „Die Partei wußte Rat. Sie veranlasste die Deportation der Familien Metzger-Baer von Süßen nach Riga“ (S. 225), schreibt Kern. Nur eine Tochter überlebte und konnte später nach Haifa ausreisen.

Fast am Ende des Buches betont Kern noch einmal, dass seine geliebte Tante Antoinette eine clevere Geschäftsfrau war, sich aber nicht an jüdischem Eigentum bereichert hat. Im Gegensatz zu vielen anderen Bewohner*innen von Rodalben. Die scheinbare dörfliche Idylle war auch der Ort, wo die Juden entrechtet, beraubt und oft in die Vernichtungslager deportiert wurden. Das hat Peter Kern in seinem Anti-Heimat-Roman beschrieben.

Peter Kern 2024:

Dorfansicht mit Nazis.

Hentrich & Hentrich, Leipzig.

ISBN: 978-3-95565-647-8.

280 Seiten. 24,90 Euro.

Zitathinweis: Peter Nowak: Dorfidyll und Massenmord. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/xuGsn>.

Die Entzauberung eines Meisterdenkers



Meinhard Creydt

Der Foucault-Ismus

Analyse und Kritik einiger seiner zentralen Lehren

Ein Plädoyer dafür, sich vom langen Hype um Foucaults social fiction und seinen Leidenschaften zu verabschieden.

Rezensiert von [Gabriele Heller](#)

Vor vierzig Jahren starb der französische Soziologe Michel Foucault. Er gehört zu den meistzitierten Autor*innen der Gegenwart. In Diskussionen über „Wokeness“ und „Identitätspolitik“ oder über nichtbinäres Denken in Bezug auf die Geschlechter sowie in den Debatten über „Biopolitik“ – zum Beispiel während der Corona-Pandemie – wird gerne und häufig auf ihn Bezug genommen.

Der Realitätsgehalt von Foucaults Analysen

Der Soziologe und Psychologe Meinhard Creydt dreht bei Foucaults materialhaltigen Darstellungen zur „Disziplinargesellschaft“, zum Wahnsinn und zum Handeln des Staates im „Neoliberalismus“ zwar nicht jeden Stein um. Aber doch so viele, dass der fiktionale Gehalt deutlich wird. Auffällig sei, wie Foucault seine Leser*innen mit vermeintlichen Tatsachen und aparten historischen Fundstücken geradezu bombardiere. Doch bewiesen sie häufig nicht, was Foucault mit ihnen zeigen wolle. Seine Thesen hielten zudem Realitätstests oftmals nicht stand.

Für Foucault steht „der Wahnsinn“ im Gegensatz zu „der“ modernen Vernunft beziehungsweise dem modernen Subjekt. Creydt zeigt demgegenüber: Für das psychotische Erleben sind just diejenige Subjektivität und dasjenige Bewusstsein konstitutiv, die in der modernen bürgerlichen Gesellschaft mit kapitalistischer Ökonomie dominieren.

Der Autor widerspricht Foucaults ästhetizistischer Wertschätzung des Wahnsinns. Sie überschätze dessen sogenannte „produktiven“ Symptome wie den Wahn und unterschätze Symptome, die zwar weniger „spannend“, aber weiter verbreitet sind im Alltag von Menschen mit einer psychotischen Problematik: Unkonzentriertheit, die Schwierigkeit, Gedanken fortzusetzen und nicht von Haupt- auf Nebengedanken abzugleiten, sowie das subjektive Empfinden, vieles sei unbekannt, beängstigend und unheimlich.

Foucault baue an einem Paralleluniversum zu den auf die Geschichte bezogenen, den gesellschafts- und den ökonomietheoretischen Wissenschaften. Er arrangiere Collagen von Äußerungen über die jeweils von ihm verhandelte Realität, bei denen die Leser*innen eines nie wissen: Handelt es sich bei den herangezogenen Statements um dramatisierende Warnungen, Werbeversprechen von Projektemacher*innen, novitäts-beflissene Überschätzungen beziehungsweise Übertreibungen des Neuen oder um realistische Beschreibungen?

Creydt zeigt an der Gewöhnung der Arbeitenden an die Arbeitsdisziplin, am Staatshandeln in der modernen kapitalistischen Gesellschaft, am „Humankapital“ beziehungsweise „Unternehmer seiner selbst“: Foucaults Darstellungen blenden zu ihrem Schaden die immanenten Widersprüche und das komplexe Gefüge der kapitalistischen Ökonomie aus. Foucault habe nur reduktionistische und grob simplifizierende Vorstellungen von ihr. Sie dienen als Negativfolie. Im Abwärtsvergleich zu ihr profiliere Foucault seine eigenen Konstrukte.

Foucault erkläre in einem unterkomplexen Basis-Überbau-Modell die Disziplinen zur Basis und die moderne bürgerliche Gesellschaft sowie das bürgerliche Subjekt zum Überbau. Creydt zufolge bilde die bürgerliche Gesellschaft keine Angelegenheit der Vergangenheit. Vielmehr sei die Dreieinigkeit von Selbstbestimmung, Selbstverantwortung und Selbstbeschuldigung in Zeiten der Individualisierung höchst vital. Der Autor

beschreibt, wie die Individuen mit ihrem Handeln auf Arbeits-, Konsum- und Geldmärkten meinen, es komme auf ihr Engagement an und niemand anders als der jeweilige vereinzelte Einzelne sei für sein „Schicksal“ zuständig. Creydt geht den Implikationen und Folgezwängen nach, die von der praktischen Fremd- und Selbsterwartung ausgehen, das Individuum möge ein starkes Subjekt sein. Das heißt, sein eigenes Leben geschickt so zu „führen“, dass es ihm als erfolgreich oder wenigstens subjektiv gelungen erscheinen kann. An diesen Imperativ gewöhnen einen in der bürgerlichen Gesellschaft auf jeweils eigene Weise auch das Recht, die Erziehung und die Sozialpolitik. Diese Analyse der modernen bürgerlichen Subjektivitätsformen bildet eine Alternative zu Foucaults Machtbegriff.

Die Gesellschaft als ärgerliche Tatsache

Die Attraktivität des foucaultschen Denkens habe viel mit der Entlastung zu tun, die im Abschied von Vorstellungen grundlegender Gesellschaftstransformation liegt. Beliebt sind gegenwärtig das Engagement für einzelne wirklich oder vermeintlich diskriminierte Personengruppen sowie Ein-Punkt-Bewegungen. Die Gesellschaft kommt bei vielen Öko-Aktivist*innen als zu verändernde Bedingung für die Sicherung halbwegs verträglicher natürlicher Bedingungen menschlichen Lebens in den Blick. Creydt führt demgegenüber aus, wie eine andere Vergesellschaftung nicht nur die äußeren Lebensumstände, sondern die Subjektivität, die zwischenmenschlichen und sozialen Beziehungen sowie die Entwicklung menschlicher Vermögen (Fähigkeiten, Sinne, Reflexionsvermögen) in ihnen und im Arbeiten grundlegend verändert. Der Verfasser beschreibt, wie die Gestaltung der Vergesellschaftung durch die Bevölkerung und diese Vergesellschaftung selbst Bestandteil eines anstrebenswerten „guten Lebens“ sein können. Sein Text widerspricht sowohl gesellschaftstheoretisch als auch normativ Foucaults These, die „Gesamtgesellschaft“ ist dasjenige, dem nur insoweit Rechnung zu tragen ist, als es zerstört werden soll“. (Foucault)

Foucault kokettiere, Creydt zufolge, mit einer nebulös-utopischen Ablehnung jeglicher Herrschaft. Dieser Überbietungsgestus koexistiere friedlich mit Foucaults Botschaft, eine grundlegende Gesellschaftstransformation sei weder zu erwarten noch anzustreben. Sie führe notwendigerweise vom Regen in die Traufe.

Der Verfasser diskutiert die bei allen Wandlungen des Foucaultschen Schaffens in ihm gleichbleibenden positiven Leitbilder von reicher Individualität und „kritische[r] Ontologie“, die das Singuläre gegen die Universalität stellt. Im Zentrum von Foucaults Denken stehe ein libertärer Freiheitsbegriff – als Freiheit *von* der Gesellschaft.

Foucaults Ideal, immer ein Anderer werden zu wollen, opponiere der Starrheit einer Person um den Preis, die eigenen Auffassungen sowie Anliegen ständig zu wechseln, unverbindlich zu bleiben und sich nicht auf etwas einlassen zu brauchen. Eine solche Person sei im Kopf bereits ständig auf dem Absprung in die nächste „Phase“. Sie meint, „eigentlich“ ganz anders zu sein.

Provokant und streitlustig ist Creydt's Buch gewiss. Zugleich aber drängt es den Leser*innen keine Urteile auf, sondern entwickelt sie aus dem Material. Foucaults Argumente werden fair vorgestellt und stark gemacht. Der Verfasser arbeitet nah an den Texten die gedanklichen Fehlschlüsse und Reduktionen, Vermischungen und Verschiebungen sowie die immanenten Widersprüche heraus. Gleichzeitig wird damit aber die Brüchigkeit von Foucaults Argumentationen deutlich. Das dicht formulierte Buch liest sich kurzweilig. Der Autor vermag es, das jeweilige Besondere unaufdringlich auf das übergreifende Gefüge zu beziehen.

Als „Foucault-Ismus“ bezeichnet der Autor Familienähnlichkeiten zwischen Publikationen, die Foucaults Begründungen nachsprechen, als seien sie evident. Um eine homogene Gruppe handele es sich nicht. Creydt zeigt, wie sich ein Kernbestand von Äußerungen von und über Foucault herausgebildet hat, der das Bild von Foucault in der an ihm interessierten Öffentlichkeit dominiert. Auch in der schier unerschöpflichen Sekundärliteratur sei dieser „Foucault-Ismus“ sehr stark vertreten. In dogmatischer Redundanz dichte er sich mit selbstgenügsamer Unaufgeschlossenheit gegen alle Einwände ab. Angesichts dieser erstaunlichen Verehrungsbereitschaft wird es Zeit für die Frage nach des Kaisers neuen Kleidern.

Meinhard Creydt 2024:

Der Foucault-Ismus. Analyse und Kritik einiger seiner zentralen Lehren.

Mangroven Verlag, Kassel.

ISBN: 978-3-946946-34-2.

301 Seiten. 26,00 Euro.

Zitathinweis: Gabriele Heller: Die Entzauberung eines Meisterdenkers.
Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/qgbCx>.

Moderne Gewaltlust



Iris Därmann

Sadismus mit und ohne Sade

Ausgehend von transatlantischer Versklavung untersucht diese literatur- und kulturwissenschaftliche Studie das Begehren und die westliche Lust nach Gewalt.

Rezensiert von [Lotte Warnsholdt](#)

Die Lektüre dieses Buches hat einige Zeit gedauert. Der kurze Text über das Buch dauerte noch länger. Das hat mit der im Buch beschriebenen Gewalt zu tun und mit der Gewalt, die unsere Gegenwart prägt. Wenn Lektüre und Nachrichtenbild sich zu vermischen drohten, habe ich unterbrochen, ließ zeitliche Distanz einziehen. Denn so lang es geht, ist Distanz ein praktikabler Weg, um mit Gewalt umzugehen. Jedoch bedeutet Distanz keine Abwesenheit von Gewalt, sondern erlaubt nur die mittelbare Aussetzung dieser. (Davon, dass Distanz kein Mittel ist, das allen erlaubt wird, handelt das Buch und eben auch die Gegenwart.)

„Sadismus mit und ohne Sade“ erinnert immer wieder daran, dass es eine Geschichte zur Gegenwart gibt, die zumindest Kontext bietet und damit einer Aufklärung näherkommt. Die Kulturwissenschaftlerin Iris Därmann nimmt darin westliche Gewaltlust in den Blick, die ihre Ausprägung in den Kolonien und dem transatlantischen Handel mit versklavten Menschen gefunden hat. Diese Lust zeigt sich in der europäischen Literaturgeschichte erstmals im 18. Jahrhundert in den pornografischen Erzählungen von de Sade, die später als literarische Vorlage für den Begriff des Sadismus dienten. Mit Sade beginnt das in 18 Kapiteln angelegte Buch. Jedes Kapitel fokussiert je für sich auf

historische Situationen, gewaltvolle Körperpraktiken oder Theorieaspekte und erzählt in der Gesamtschau eine literatur- und kulturwissenschaftliche Geschichte von Gewaltlust und Gewaltbegehren.

Es geht in Därmanns Buch um Gewalt und die Lust an ihr, und zu einigen Stellen hätte sich die Leserin eine content note ersehnt, wobei der Titel vielleicht genau diese leisten soll. Es handelt von Sadismus, vom selbstzentrierten Lustgewinn durch die Schmerzzufügung und Erniedrigung anderer Menschen. Die Leser:innen werden mit gewaltsamen und pornografischen Szenen konfrontiert, mit historischem Material, das die grausamsten Kapitel der Neuzeit und der jüngeren Vergangenheit aufruft. Das Buch steht damit in dem Spagat, der die Auseinandersetzung mit kolonialer Gewaltgeschichte häufig begleitet: Einerseits scheint die Aufrufung kolonialer Gewalt für ihre kritische Aufarbeitung notwendig, andererseits wird sie in der erneuten Aufrufung eben auch reproduziert. Diese Zweiseitigkeit begleitet die Lektüre noch schmerzhafter, weil nicht nur gesellschaftliche Gewaltstrukturen, sondern eben auch persönliches Lustempfinden adressiert werden.

Lange Jahre der Gewaltlust

Die Grundprämisse des Buches ist, dass Lust sich an den Grenzen des Erlaubten (und ihrer Überschreitung) abspielt und daher immer historisch-kulturell situiert ist. Die ersten Kapitel spielen in den afrikanischen Kolonien, auf den amerikanischen Plantagen und atlantischen Inseln, in denen versklavte Menschen den Kolonialherren und Plantagenbesitzern ungeschützt ausgeliefert sind. Obwohl auch die kolonialen Gewaltträume im formalen Sinne nicht rechtsfrei waren, und daher Grenzen der Gewalt markiert wurden (an denen sich die Lust an der Überschreitung orientierte), wurde Straf- und Gewaltlust ungezügelt ausgeübt, eben auch weil kein einhaltgebender Gegenpart vorhanden war. Gewaltexzesse an Schwarzen Körpern wurden sanktionslos zur Kenntnis genommen.

Das Buch fügt sich in eine Literaturlandschaft ein, die sich mit der kolonialen Gewaltgeschichte über die Engführung historischer Quellen und moderner Theoriegeschichte auseinandersetzt. Zur etwa gleichen Zeit erschien im letzten Jahr auch die Neuauflage von Sven Lindqvists „Rottet die Bestien

aus!“, das ich kurz vorher lese und das meinen Leseindruck von Därmanns „Sadismus mit und ohne Sade“ verstärkt. Das Buch, das der schwedische Journalist in den frühen 1990er Jahren schrieb, liest sich als persönlicher Reisebericht durch Südwestafrika und zeigt über eine Dichte literarischer Quellen die ideologischen Abgründe der Kolonialzeit und ihrer Verbrechen auf. Gemein ist beiden Büchern, dass sie in den kolonialen Gewaltträumen beginnen und die Gewalt bis ins 20. Jahrhundert (und weiter) verfolgen. Beide Büchern erzählen entlang einer dichten historischen Quellenlage und deren Engführung mit moderner Theorie eine Geschichte von Gewalt, mit deren Aufarbeitung und immer wiederkehrenden Aufflammen wir heute konfrontiert sind.

Die über Jahrhunderte praktizierte Gewalt findet in der „sadistischen Organisation“ der Vernichtungs- und Konzentrationslager der Nazis ihre äußerste Form. Was immer schon Perversion war (um im psychoanalytischen Jargon zu bleiben), pervertiert maximal. Därmann beschreibt die erbarmungslose Foltergewalt und individuelle Gewaltlust in den Lagern, von der u.a. Jean Améry nach Kriegsende berichtet. Sie setzt damit auch einen differenzierenden Kontrapunkt zu der Erzählung einer allein klinischen und kalten Vernichtungsmaschinerie. Im Aufrufen der Verbrechen der Shoah geht es Därmann nicht um historische Kontinuitäten oder gar Kausalität; es wird Rassismus nicht gegen Antisemitismus gehalten, sondern ein lange gewachsener und ausgefeilter Katalog von Gewaltpraktiken wird in den Fokus gestellt. Wenn gegenwärtig über die politischen Implikationen einer Verflechtungsgeschichte gestritten wird, zeigen Bücher wie die von Därmann und auch Lindqvist auf, dass es gefährlich ist, Gewalt gegen Gewalt auszuspielen, genauso wie es gefährlich ist, Differenzen zu übergehen. Därmanns Argumentation ist nachvollziehbar, und doch ist das Quellenmaterial so dicht, die historische Gewalt unermesslich und die Brisanz des Themas derart entzündlich, dass die Leserin dankbar wäre, wenn die Ausführungen mehr Raum hätten, als sie in den kurzen Kapiteln finden. Es stecken in diesem einem Buch viele weitere Geschichten, die erzählt gehören.

Ästhetik ist keine Rettung

Dass das Buch nicht allein von einem historischen und hermetisch abgeschlossenen Gegenstand, der kolonialen Gewaltlust, handelt, sondern

immer auch von heutigem Begehren und Gewaltlust, offenbart sich der Leserin in ihren affektiven Regungen beim Lesen und auf Buchebene zu dessen Ende. Hier sucht Därmann nach dekolonialen Strategien, um Lust von ihrem kolonialen Erbe zu befreien. Auch ihr bleibt nur der Weg in die Ästhetik. Wobei sie eigentlich – mit Sade – in der Ästhetik, genauer in der Literatur beginnt und festhält, dass dieser mit seinen pornografischen Gewaltfantasien, die er an weißen Körper ausspielt, für eine weiße Leser:innenschaft überhaupt erst begreifbar gemacht hat, was an Schwarzen Körpern Praxis war.

Das titelgebende Wortspiel „mit/ohne“ weist also daraufhin, dass in Kunst, Literatur, ja, im ästhetischen Verfahren allein keine Rettung liegt: „Sades pornografische Verfahren verhindern vielmehr konsequent, dass sich Begehren von Gewaltlust trennen, sich für Zärtliches und gar für eine neue ‚Empfindsamkeit‘ öffnen könnte.“ (S. 228) Doch bleibt in der Ästhetik ein Rest an Potenzial, das einem psychoanalytischen Durcharbeiten durch die koloniale Gewaltlust gleicht. Därmann verweist auf Texte und Theoretiker:innen, die im Feld der Ästhetik arbeiten, das Anteil an Täter:innenschaft hat, gleichzeitig aber auch von Beginn kleine Formen des Widerstands bereitstellen konnte. Ästhetik als Widerstand bleibt also ein uneingelöstes Versprechen. Dieses Versprechen aber ist vertrauensvoller als das Einräumen von Distanz, in dem Literatur zur Seite gelegt und über Gewalt nicht gesprochen wird.

Zusätzlich verwendete Literatur

Lindqvist, Sven (2023): Rottet die Bestien aus! Eine Reise auf den Spuren des europäischen Völkermords. Aus dem Schwedischen von Sandra Nalepka. Mit einem Vorwort von Raoul Peck. Alexander Verlag, Berlin.

Iris Därmann 2023:

Sadismus mit und ohne Sade.

Matthes & Seitz Berlin, Berlin.

ISBN: 978-3-7518-2007-3.

350 Seiten. 32,00 Euro.

Zitathinweis: Lotte Warnsholdt: Moderne Gewaltlust. Erschienen in: . URL: <https://kritisch-lesen.de/s/RqYf3>.

Lange Linien der Geschichte



Fritz Fischer

Griff nach der Weltmacht

Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland
1914/18

Die Lektüre dieser Klassiker über deutsche Machtpolitik ist auch heute lohnenswert – insbesondere im Kontext des Ukraine-Krieges.

Rezensiert von [Merle Weber](#)

Der Umgang der deutschen Linken mit der Ukraine hat gezeigt, dass ihr das Bewusstsein über die Existenz einer nationalen Machtpolitik der BRD abhandengekommen ist. Die einen schlucken unhinterfragt die Erzählung, dem deutschen Staat läge etwas am Wohlstand, der Freiheit und dem Leben der Menschen in der Ukraine – die Deutschen als selbstlose Retter der Ukraine, gar als Schutzmacht ganz Osteuropas. Und was ist schon eine Schutzmacht ohne militärische Stärke? Die anderen erklären Deutschlands Verwicklung in den Ukraine-Krieg nicht etwa aus der wirtschaftlichen und machtpolitischen Bedeutung Osteuropas für seine herrschende Klasse, sondern mit einem vermeintlichen Kadavergehorsam der deutschen Eliten gegenüber den US-Imperialisten. Kein Wort vom deutschen Ostimperialismus.

Ein Blick in den Klassiker „Griff nach der Weltmacht“ von Fritz Fischer bringt hier Klarheit. Fischer hat mit seiner Schrift nicht nur entscheidend in die Kriegsschuld-Debatte eingegriffen, sondern vor allem eine aktive, machtpolitisch motivierte Kriegszielpolitik der Eliten des kaiserlichen Deutschlands nachgewiesen. Dabei liefern Fischers Erkenntnisse über das Deutschland des frühen zwanzigsten Jahrhunderts auch für die Analyse der aktuellen deutschen Machtpolitik wertvolle Hinweise. Denn die geopolitischen Rahmenbedingungen sind auch mehr als hundert Jahre später im

Wesentlichen dieselben geblieben: Heute wie damals ist Deutschland eine Mittelmacht mit wenig Rohstoffen und vergleichsweise wenig Territorium, die für sich dennoch eine Weltmachtgeltung beansprucht. Heute wie damals stehen die Strategen der deutschen Machtpolitik im Einflusskampf mit den Großmächten vor der Aufgabe, dem deutschen Größenwahn eine reale Basis zu geben. Über zwei Weltkriege hinweg ist die grundlegende Strategie der deutschen Imperialisten dieselbe geblieben: Erst Europa, dann die Welt.

Mittelmacht mit Größenwahn

Vor mehr als hundert Jahren marschierten deutsche Soldaten das erste Mal in einen Weltkrieg, weil man in Berlin überzeugt war, „zur Stellung einer Weltmacht berufen und berechtigt zu sein“ (S. 136). Viele Deutsche sahen sich „als Träger einer höheren Kultur“ (S. 137) und empfanden deswegen eine expansive nationale Machtpolitik als gerechtfertigt. Bereits damals zeichnete sich die „Entwicklung Deutschlands zu einem hochindustriellen Exportland“ (S. 22) ab. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung kam der „Ruf nach Lebensraum“ und „Absatzmärkten“ jenseits der deutschen Außengrenzen. Es herrschte der „Glauben, dass der ungehemmte [wirtschaftliche] Aufstieg in einer fast als wirtschaftsgesetzlich vorgestellten Expansion [Deutschlands] sich weiterentwickeln würde“ (S. 23). Und wo der Markt das mit der Expansion doch nicht von alleine regelte, rollten dann die deutschen Panzer. Die Kriegszielpolitik war der Versuch, die „geopolitische Beschränkung der deutschen Basis“ (S. 21) zu überwinden – der Griff nach der Weltmacht. „Überblickt man die deutschen Ziele [...] in ihrer Gesamtheit, so ergibt sich das Bild eines Imperiums von grandiosen Ausmaßen“ (S. 530), resümiert Fischer. Dabei spielten in den strategischen Überlegungen der deutschen Imperialisten die „Kolonialziele nur eine nebengeordnete Rolle“. Im „Vordergrund“ der Kriegszielpolitik habe die Eroberung der „europäischen Basis“ gestanden, die „als die Grundlage jeder Überseepolitik“ und damit der angestrebten Weltmachtstellung angesehen wurde. Die deutschen Strategen gingen davon aus, mit einem Sieg vor allem über die Kolonialmächte England und Frankreich ein umfangreiches deutsches Kolonialreich „fast von selbst erreichen zu können“ (S. 515). Dominanz über Europa sei die „volkswirtschaftliche Grundlage der deutschen Weltpolitik“ (S. 22), äußerte sich damals ein führender deutscher Banker.

Europa den Deutschen

Die europäische Vormachtstellung wollte das kaiserliche Deutschland durch Expansion nach Westen und Osten erreichen. Im Westen plante Berlin unter anderem die „Annexion oder zumindest die wirtschaftliche Beherrschung“ (S. 144) Belgiens aber auch Luxemburgs und der Niederlande sowie die Eroberung von französischem Gebiet, insbesondere des Erzbeckens von Longwy-Briey. Damit hätte Deutschland seine Basis in Europa bereits an der Nordseeküste bis über die französische Grenze hinaus vergrößert und gleichzeitig zwei seiner europäischen Rivalen geschadet: England hätte mit seinem Verbündeten Belgien sein Sprungbrett nach Westeuropa eingebüßt und Frankreich wäre durch den Verlust industriell bedeutsamer Gebiete nachhaltig geschwächt. Sicherzustellen, dass Frankreich „als Großmacht nicht neu erstehen kann“ (S. 98) war für den deutschen Kanzler ein übergeordnetes Ziel des Krieges.

In großen Teilen richtete Deutschland seinen Expansionsdrang nach Osten. Russland müsse „von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden“ (ebd.), so der damalige deutsche Kanzler. Gemeint waren unter anderem die Baltischen Staaten, Polen und die Ukraine, die vor Kriegsbeginn noch ganz oder teilweise russisches Staatsgebiet waren. Nicht nur der deutsche Kaiser sah im ersten Weltkrieg den „Endkampf der Slaven und Germanen“ (S. 38). Anti-slawischer Rassismus war weit verbreitet in einer Zeit, in der der deutsche Imperialismus nach Osten drängte. Damals schon war der Gedanke nach Siedlungsraum im Osten in der deutschen Machtpolitik präsent. Deutschland strebte nach einer regionalen Vorherrschaft im baltischen Raum, inklusive Herrschaft über die Seewege der Ostsee, Annexionen im heutigen Lettland, Litauen und Estland sowie Polen, und darüber hinaus auch die indirekte Beherrschung der nicht offiziell annektierten Teile Polens sowie in Skandinavien. Österreich-Ungarn sollte deutsche Provinz werden, das heißt das heutige Österreich, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Kroatien und Bosnien Herzegowina sowie Teile Polens und der Ukraine (Galizien). Auch die Schwarzmeerregion sollte deutsch werden: über die Ukraine und „Restrussland“ bis nach Georgien und über Rumänien, Bulgarien bis in die Türkei, gar bis in den heutigen Iran reichten die Expansionsträume der deutschen Eliten vor und während des Ersten Weltkrieges.

Hauptsache Expansion

Fischer bestimmt nicht einfach das eine statische Kriegsziel der abstrakten Deutschen, sondern zeichnet über mehrere Jahre die Kriegszielpolitik als Prozess politischer Auseinandersetzung unter den Herrschenden in Militär, Staat und Wirtschaft nach. Diese inhaltliche Schärfe macht den ohnehin voraussetzungsreichen und fordernden Klassiker zuweilen zur unübersichtlichen und langatmigen Lektüre. Nur dadurch wird allerdings sichtbar, dass je nach innen- oder außenpolitischer Kräfterlage der Expansionsdrang sich mehr oder weniger offen zeigte. Neben den Hardlinern, die auf Expansion durch Annexion setzten, gab es auch damals schon diejenigen, die eine subtilere Expansion durch die vorrangig wirtschaftliche Beherrschung formal selbstständiger Staaten bevorzugten. Der damalige Direktor der Deutschen Bank beispielsweise sprach sich dagegen aus, „blindlings eine Politik der Annexionen zu beginnen“ und forderte stattdessen, „Deutschlands wirtschaftliche Vorherrschaft (in Europa) zu etablieren“ (S. 97). Der deutsche Kanzler strebte in diesem Sinne „die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins“ an, und zwar „unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung“ (S. 99). Auch in der Belgien-Frage plädierte er statt für offene Annexion dafür, Belgien zu Deutschlands „Tributärstaat“ zu machen, der „der Form nach möglichst frei bleiben, faktisch aber uns [Deutschen] sowohl in militärischer als auch wirtschaftlicher Beziehung zur Verfügung stehen muß“ (S. 105). Fischer spricht in diesem Zusammenhang von „indirekter Annexion“ (S. 106).

Ob indirekte oder offene Expansion, das Ziel war dasselbe: von der Nord- und Ostsee bis zum Schwarzen Meer Europa der deutschen Machtpolitik unterzuordnen. Und auch wenn sich natürlich nicht alles eins zu eins auf heute übertragen lässt, ist es doch erschreckend, wie ungebrochen die langen Linien der deutschen Machtpolitik sich durch die Jahrhunderte bis in den Ukraine-Krieg ziehen. Gerade heute, wo Berlin der direkten, formalen Expansion abgeschworen hat, mahnt Fischers Analyse dazu, die indirekte Expansion Deutschlands in Europa in ihrer machtpolitischen Bedeutung nicht zu unterschätzen. So zu tun als hätte Berlin in Osteuropa keine nationalen machtpolitischen Interessen – ob als selbstlose Schutzmacht der Ukrainer oder willensloser Vasall der USA – ist geschichtsvergessen.

Fritz Fischer 1984:

Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18.

Droste Verlag, Düsseldorf.

ISBN: 978-3-7700-0902-2.

575 Seiten.

Zitathinweis: Merle Weber: Lange Linien der Geschichte. Erschienen in: .

URL: <https://kritisch-lesen.de/s/4QSTz>.

Lizenzhinweise

Copyright © 2010 - 2024 kritisch-lesen.de Redaktion - Einige Rechte vorbehalten

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der [Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](#). Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere [Kontaktseite](#) erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die Ausgabenbilder.